

Zeitschrift für Wachstumsstudien

Vorwort.....	Seite 3
Wohlstand für alle – Die Delegation von Politik und Staat aufgrund falscher Wachstumserwartungen	Seite 4
Der abgehängte Sozialstaat – Über die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen	Seite 11
Rezension:	
Exit – Wohlstand ohne Wachstum	Seite 18
IWS-Länderprofil	
Österreich	Seite 20

Zeitschrift für Wachstumsstudien

Herausgeber

Institut für Wachstumsstudien (IWS)
Postfach 11 12 31
35357 Gießen
Tel.: 0641-87 78 02 54
Fax: 0641-87 78 02 55
E-Mail: zeitschrift@wachstumsstudien.de

Bankverbindung

Volksbank Gießen-Friedberg
Kto.-Nr.: 2 351 609
BLZ: 513 900 00

Layout & Satz

Schau: An Grafik- und Werbedienstleistungen
Torben Anschau
Nelkenstraße 1
35418 Großen-Buseck

Druck

Druckwerkstatt GmbH
Hauptstraße 26
35463 Fernwald

ISSN

1863-947X (Printversion)
1614-6670 (Onlineversion)

Schutzgebühr

7,00 EUR

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Kay Bourcarde, Gesellschaft für Wachstumsstudien e.V., Postfach 11 12 31, 35357 Gießen

Hinweis

Die Zeitschrift sowie die darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke nur mit vorheriger Genehmigung des IWS.

INSTITUT FÜR WACHSTUMSSTUDIEN

Institutsleiter: Kay Bourcarde

stellv. Institutsleiter: Karsten Herzmann

Mitarbeiter: Torben Anschau, Johannes Bryde, Viola Hübner, Caroline Seibert, Winfried Seidel, Christian Tripp

Das IWS wird rechtlich und finanziell von der *Gesellschaft für Wachstumsstudien e.V.* getragen (Amtsgericht Gießen, Vereinsregister-Nr. VR 2627).

Vorwort

In einem Jahr, in dem die Wirtschaftskraft der europäischen Volkswirtschaften um mehr als 4 Prozent einbricht, gewinnt der Wachstumsdiskurs an Dynamik. Doch obwohl die Diskussionen intensiver und teils auch emotionaler geführt werden, ändert sich an den gegensätzlichen und weitgehend unvereinbaren Positionen wenig.

Auf der einen Seite dominiert in Politik und Wissenschaft weiterhin das Wachstumsziel. Aus dieser Perspektive ist die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise zwar das Ergebnis mangelhaft ausgestalteter Sanktions- und Anreizmechanismen. Doch sind erst entsprechend geeignete Rahmenbedingungen geschaffen worden, so die Annahme, können auch wieder dauerhaft hohe Wachstumsraten erreicht werden. Bestes Beispiel für das Bemühen um stärkeres Wachstum dürfte das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ sein, das die neue schwarz-gelbe Bundesregierung als eines ihrer ersten Amtshandlungen auf den Weg gebracht hatte. Auf der anderen Seite mehren sich die Stimmen derer, die der Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, sei aus ökologischen oder soziokulturellen Gründen. Damit verbunden ist oftmals die pauschale Einschätzung, dass es sich bei dem bisherigen Wachstum um eine zu Ende gehende Episode handle.

Beide Positionen lassen keinen Platz für eine differenzierte Betrachtung, in welchem Umfang mit weiterem Wachstum der Wirtschaftsleistung tatsächlich gerechnet werden kann und wie mit diesen Erkenntnissen umzugehen ist: Die ‚Wachstumsoptimisten‘ richten ihre Blicke auf die erhofften Vorteile möglichst hoher Zuwachsraten und legen dabei weiterhin die Annahme eines tendenziell exponentiellen Wachstums zugrunde. Die ‚Wachstumspessimisten‘ hingegen interessieren sich meist ebenfalls nicht dafür, welche Zuwächse noch erreichbar sein könnten, lehnen sie doch bereits das Wachstumsziel als solches ab. Im Vordergrund ihrer Überlegungen steht die Suche nach alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsbildern. Wachstumsoptimisten und -pessimisten trennen also nicht nur grundverschiedene Annahmen, sondern zugleich der Umstand, dass sich beide Seiten einer umfassenden Prüfung des Wachstumsziels verweigern und sich daher mit ihren unterschiedlichen Sichtweisen auch nicht auf einer analytischen Ebene treffen und austauschen können. Dementsprechend ist es wenig verwunderlich, wenn trotz der breiten Debatte über Wachstum dem linearen Trend und den daraus resultierenden Konsequenzen wenig Beachtung geschenkt wird.

Das IWS hat seine Tätigkeit auch im vergangenen Jahr auf diese Forschungslücke konzentriert. Ermutigend war dabei für uns, dass das Interesse an unserer Arbeit nunmehr im

fünften Jahr in Folge gestiegen ist. Dieses zeigt sich nicht nur an mittlerweile zwischen 6.000 und 7.000 Besuchern pro Monat auf unseren Internetseiten www.wachstumsstudien.de und www.economic-growth.eu, sondern auch daran, dass unsere Forschungsergebnisse in offiziellen Dokumenten zitiert werden.

Je weiter unsere Arbeit voranschreitet, desto deutlicher wird, dass sich die Auswirkungen des ‚nur‘ linearen Wachstums auf nahezu alle Politikbereiche erstrecken. Mit dem Aufsatz „Wohlstand für alle. Die Delegitimation von Politik und Staat aufgrund falscher Wachstumserwartungen“ eröffnen wir daher ein neues Forschungsfeld. Der Aufsatz zeigt, weshalb überhöhte Wachstumserwartungen zu Politikverdrossenheit führen und das Vertrauen in unser demokratisches Regierungssystem schwächen können. Zugleich verdeutlicht er, warum die bisherigen Gegenkonzepte zum Legitimationsverlust von Politik und Staat nur geringe Erfolge zeigen.

Die sinkenden Zuwachsraten werden oftmals als Zeichen einer anhaltenden Wachstumskrise identifiziert, welche unter anderem die Finanzierung des Sozialstaats gefährdet. Der Aufsatz „Der abgehängte Sozialstaat. Über die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen“ bietet einen anderen Erklärungsansatz und verdeutlicht, weshalb weniger das Wirtschaftswachstum zu niedrig, als vielmehr die Partizipation der Sozialversicherungen daran zu gering ist.

Die Rubrik „Wachstums-Literatur“, in der jeweils Bücher behandelt werden, die das Thema Wachstum berühren, wird mit einer Rezension des Buchs „Exit“ von Meinhard Miegel fortgesetzt.

Wie unsere Arbeit gezeigt hat, sind lineares Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Konsequenzen kein spezifisch deutsches Problem. Um den Blick für die internationale Dimension zu schärfen, führen wir neu die Rubrik „IWS-Länderprofile“ ein. Im Rahmen dieser Rubrik werden nicht nur die im Zusammenhang mit dem linearen Wachstum wichtigsten ökonomischen Grunddaten dargestellt, sondern wird zudem ein Eindruck von der Wachstumsdiskussion im jeweiligen Land vermittelt.

Die Forschungsergebnisse und alle Datenangebote des IWS werden auch künftig frei zugänglich sein. Da das Institut von keiner Interessengruppe getragen wird, sondern sich aus Mitgliedsbeiträgen und über Spenden finanziert, möchten wir Sie an dieser Stelle erneut ermuntern, von der Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft oder Spende Gebrauch zu machen.

Gießen, April 2010

Wohlstand für alle

Die Delegitimation von Politik und Staat aufgrund falscher Wachstumserwartungen

von Karsten Herzmann

Die Deutschen gelten als zunehmend politikverdrossen, parteiverdrossen und demokratieverdrossen.¹ Die Wahlbeteiligung ist bei der letzten Bundestagswahl auf einen historischen Tiefstand von 72,2% abgesunken. Die Parteien verlieren kontinuierlich an Mitgliedern. Die Zustimmung zum demokratischen Staatswesen nimmt insgesamt ab. Über diese Entwicklungen, ihre Ursachen und über Möglichkeiten ihrer Umkehr oder zumindest ihrer Verlangsamung ist in Politik und Wissenschaft viel diskutiert worden. Gemeinhin wird dabei darauf verwiesen, diese Verdrossenheiten speisten sich in weiten Teilen der Bevölkerung vor allem aus dem Gefühl, von Wohlstandssteigerungen ausgeschlossen zu sein oder sogar wirtschaftliche Einbußen hinnehmen zu müssen, ohne dass die Politik dem entgegenwirke. Dieser Erklärungsansatz verbleibt jedoch nur an der Oberfläche des Problems. Der vorliegende Aufsatz legt eine maßgebliche weitere Ursache des Legitimationsverlusts von Politik und Staat offen und erklärt damit zugleich, warum die bisherigen Reaktionen darauf nur geringe Erfolge zeigen.

1 Wohlstand als Legitimationsfaktor

Nach dem normativen Konzept des Grundgesetzes ist die staatliche Herrschaft durch die Rückführbarkeit der Entscheidungen auf den im demokratischen Verfahren bestimmten Volkswillen und durch die Einhaltung sonstiger rechtlicher Vorgaben, insbesondere der Beachtung der Grundrechte, legitimiert.² Demokratie und Rechtsstaat werden aber von den Bürgern mittlerweile als selbstverständlich vorausgesetzt. Für die Frage allerdings, ob und inwieweit der Staat, seine Institutionen und seine Vertreter anerkannt werden, ist die tatsächliche Gemeinwohlverwirklichung von zentraler Bedeutung. Will man sich den Gründen der zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit ihrem Staat und der Politik nähern, muss man diesen Maßstab in den Blick nehmen.

Was das gemeine Wohl umfasst, ist freilich nicht abschließend bestimmbar. Das ursprüngliche Gemeinwohlziel lag in der Gewährleistung von äußerer und innerer Sicherheit. Doch schon bei *Thomas Hobbes* wurde die staatliche Machtausübung daneben auch durch eine die fundamentalen Bedürfnisse sichernde wohlfahrtsstaatliche Fürsorge für die Bevölkerung gerechtfertigt.³ Im Grundgesetz findet sich dies gewandelt im Sozialstaatsziel des Art. 20 Absatz 1 wieder. Aber auch diese Anforderungen

werden in Deutschland zumindest grundsätzlich erfüllt.

Der Verlust an Zustimmung zu Staat, Institutionen und Entscheidungsträgern ist jedoch weniger Defiziten bei der Einhaltung dieser staatstheoretischen und verfassungsrechtlichen Minimalanforderungen geschuldet. Mag die staatliche Herrschaft auch die theoretischen Anforderungen (der Verfassung) erfüllen und damit nach diesen Maßstäben aner kennenswert sein, die tatsächliche Anerkennung in der Bevölkerung nimmt ab. Für diese empirische Legitimität sind nämlich der gesellschaftliche und vor allem auch der persönliche materielle Wohlstand entscheidend.⁴ Zwar könnte man hierzu argumentieren, dass die bundesdeutsche Gesellschaft sowohl historisch als auch im internationalen Vergleich keinen wirklichen Grund zur Klage hätte. Dies würde den Maßstab jedoch erneut verobjektivieren. Subjektiv ist der Anspruch der Bürger darauf gerichtet, dass das derzeitige Wohlstandsniveau gehalten oder sogar noch weiter erhöht wird.

Diese Erwartungshaltung wird durch zwei externe Gründe gestärkt: Erstens hat ein Großteil der Bevölkerung ausgehend von den Nachkriegsjahren, als tatsächlich zunächst fundamentale Bedürfnisse erfüllt werden mussten, über Jahrzehnte die Erfahrung gemacht, dass im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs auch der eigene

Wohlstand jedes Jahr zunimmt. Was anfangs noch ein (Wirtschafts-)Wunder war, galt schon bald als Normalfall. Zweitens wecken und festigen die politischen Akteure entsprechende Erwartungen. Sie vertrauen und verweisen dabei auf den universellen „Problemlöser Wachstum“⁵. Die Parteien werben in Wahlkämpfen damit, dass sie über das bessere Wachstumsrezept verfügen und damit den Schlüssel zu weiterem Wohlstand in Händen halten.⁶ Dieses Versprechen wird in der Regierungsverantwortung weiter aufrechterhalten. Bezeichnenderweise trägt das Kernstück der bisherigen politischen Arbeit der neuen Regierungskoalition den Titel „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“⁷.

In noch stärkerer Weise als die deutsche Politik und Staatlichkeit wird die europäische Verfassungsordnung durch den Wohlstand seiner Bürger und damit mittelbar über Wirtschaftswachstum legitimiert. Denn anders als in den demokratisch verfassten Mitgliedstaaten war der europäische Integrationsprozess traditionell eher an der Idee ‚alle Macht ist für das Volk da‘ ausgerichtet, als dass ein wirklicher Einfluss der Bevölkerung vorgesehen war.⁸ Dabei war und ist das Kernziel dieser elitären Verfasstheit die Wohlfahrtssteigerung. Der hierzu betriebene Integrationsprozess war derart umfassend, dass weite Teile der vormals nationalen Kompetenzen nunmehr auf europäischer Ebene angesiedelt sind und damit ein nur noch größerer Legitimationsbedarf erzeugt wurde. Den anhaltenden Klagen über ein ‚Legitimationsdefizit‘⁹ steht daher eine Geschichte von Vertragsänderungen gegenüber, mit denen durch Modifikationen des institutionellen Gefüges und der zunehmenden Beteiligung der europäischen Bevölkerung eine lebendige europäische Demokratie geschaffen werden soll. Doch die gemeinschaftliche Ordnung kann sich derzeit weder auf eine den Nationalstaaten vergleichbare demokratische Öffentlichkeit, noch auf eine gemeinsame Identität oder auf eine lange gemeinsame Tradition berufen. Ohnehin erscheint eine Übernahme der Legitimationsstrukturen nationaler Verfassungssysteme „eins zu eins“ nicht möglich.¹⁰

Die europäischen Verfassungsstrukturen erfahren ihre Legitimation daher, wie *Anne Peters* zutreffend feststellt, noch immer vor allem durch ihre „Bewährung“ in Bezug auf ihre Fähigkeit, den Bedürfnissen der Bürger zu dienen.¹¹ Dementsprechend ist das Wohlstandsversprechen der Europäischen Integration – anders als das des Grundgesetzes – ein ausgesprochenes: Nicht nur die Verträge selbst enthalten eine solche Zielsetzung und eine klare inhaltliche Ausrichtung,¹² auch waren konkret benannte Wachstumssteigerungen im Rahmen der Debatten zu

Vertragsänderungen immer ein zentrales Argument der Befürworter.¹³ Bis in die jüngste Zeit setzt sich die Union weiter ehrgeizige Wachstumsziele. Im abgelaufenen Jahrzehnt sollte der vermeintliche Normalfall der wirtschaftlichen Integration wiederhergestellt werden, indem sich die Union im Rahmen der sog. Lissabon-Strategie ein jährliches Wachstumsziel von 3% setzte.¹⁴

Die Zustimmung zu Politik und Staat hängt also entscheidend von den Wachstumsraten als der Grundlage des materiellen Wohlstands ab. Überspitzt könnte man mit Habermas formulieren: „*Der moderne Staat kann nicht länger durch die Demokratie legitimiert werden, sondern auf der Basis wirtschaftlichen Wachstums*“.¹⁵

2 Delegitimationsgefahr durch Wohlstandsverluste

Tatsächlich sinken die Wachstumsraten in Deutschland – wie in allen entwickelten Volkswirtschaften – kontinuierlich.¹⁶ Teils als unmittelbare Folge hiervon, teils im Wechselspiel mit politischen Entscheidungen steigen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, werden die Sozialsysteme belastet bzw. staatliche Leistungen eingeschränkt und findet eine Verlagerung von Realinvestitionen auf Investitionen in Finanzmärkte statt, während Löhne und Unternehmensgewinne sinken.¹⁷ Immer größere Teile der Bevölkerung sind vom Anstieg der Wirtschaftsleistung abgekoppelt und müssen teils sogar Wohlstandsverluste hinnehmen.

Bislang hat dies keine gravierenden Folgen für das politische System in Deutschland. Viele Bürger sind noch durch die Erfahrung insbesondere der ersten drei Dekaden der jungen Republik geprägt, dass es in einer rechtsstaatlich und freiheitlich verfassten Demokratie auf Dauer gelingen kann, ein hohes Wohlstandsniveau für alle zu schaffen und zu erhalten.¹⁸ Dass alle Macht vom Volke ausgeht, war gut für das Volk.

Dennoch fühlen sich die Bürger zunehmend schlecht repräsentiert von einer Politik, die mehr Probleme zu schaffen als zu lösen scheint. Indem letztlich sämtliche Parteien die von ihnen gesetzten Wachstums- und die in der Bevölkerung verfestigten Wohlstandserwartungen immer wieder aufs Neue nicht erfüllen, kann es zur Entwertung der Wahlen als dem Herzstück des demokratischen Systems kommen, weil hier doch idealtypisch eine ‚gute Regierung‘ bestätigt und eine schlechte durch eine andere – ‚bessere‘ – ersetzt werden soll.¹⁹ Ein in diesem Sinne fortgesetztes und parteienübergreifendes Scheitern der Politik kann bei den Bürgern zu dem Schluss füh-

ren, durch die Teilnahme an der Wahl nichts ändern zu können: Die scheinbare Machtlosigkeit des Staates führt zum Gefühl der Ohnmacht beim Souverän. Verfestigt sich dieser Eindruck, kann dies langfristig auch das demokratische System selbst gefährden, insbesondere wenn die ‚da oben‘ nicht mehr als Interessenvertreter des Volkes angesehen werden und sich Teile der Bevölkerung radikalieren. Derartige Erscheinungen sind jedoch nicht auf Deutschland beschränkt. So wie fast alle entwickelten Volkswirtschaften sinkende Wachstumsraten aufweisen und deren Auswirkungen bewältigen müssen, gewinnen in vielen westlichen Staaten zunehmend politische Kräfte an Einfluss, die die Grenzen ihrer Verfassungen austesten oder sich sogar offen gegen deren demokratisch-rechtsstaatlichen Grundstrukturen richten. Und verfehlt die Europäische Union weiterhin dauerhaft ihre ehrgeizigen politischen Vorgaben, strapaziert dies das gezeichnete Bild einer fortdauernden Erfolgsgeschichte und damit das Fundament der Legitimität des Staatenverbundes.

3 Reaktionen

In Medien und Wissenschaft werden umfangreiche Diskurse über das Phänomen der Delegitimation von Politik und die damit langfristig einhergehenden Gefahren für die Stabilität staatlicher Ordnungen geführt. Die Suche nach möglichen Wegen, um diesen Prozess aufzuhalten oder zu verlangsamen, gehört zu den zentralen Fragen unserer Zeit. Vergrößernd lassen sich dabei zwei Grundströmungen ausmachen, die jeweils die Art und Weise der politischen Entscheidungsfindung in den Blick nehmen.

Der eine Ansatz setzt unmittelbar an der – zumindest theoretisch – zentralen Legitimationsquelle an: dem demokratischen Verfahren. Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft führen eine kaum mehr überschaubare Debatte über Möglichkeiten der Stärkung der Demokratie. Häufig geht es dabei darum, die Bürger durch erweiterte Formen der Partizipation zu aktivieren und die Demokratie wieder mehr als Herrschaft des Volkes erkennbar werden zu lassen.²⁰ Insbesondere die ‚supranationale‘ oder ‚postnationale‘ Demokratie der Europäischen Union zeigt entsprechende Ansatzpunkte, wie das dort identifizierte Demokratiedefizit durch neue Formen der demokratischen Legitimation ausgeglichen werden soll. Mit einer Anpassung des demokratischen Verfahrens allein ist der durch reale Wohlstandseinbußen ausgelöste Schwund an tatsächlicher Legitimität jedoch kaum aufzufangen. Insofern drängt sich die Ergänzung einer solchen Strategie durch Konzepte, die Staat und Gesellschaft leistungsfä-

higer machen wollen und damit die Grundlage für künftigen Wohlstand legen sollen, geradezu auf.

Der andere Ansatz zielt daher auf ‚bessere‘ – also gemeinwohlförderlichere – Politik ab. Neben einer zunehmenden Ausrichtung an ökonomischen Maßstäben (etwa durch Privatisierungen vormals staatlicher Einrichtungen in der Hoffnung auf Effizienzgewinne und Innovationssteigerungen) will man positive Folgen für das Gemeinwohl vor allem dadurch erreichen, dass die bestehenden staatlichen Entscheidungsstrukturen kritisch betrachtet werden. Die ‚Fehler im System‘, die für das unbefriedigende Maß an Gemeinwohlverwirklichung verantwortlich sind, sollen aufgedeckt und behoben werden.

Als Grund und zugleich als eine Art Entschuldigung für die Misere der Politik wird dabei auf die – tatsächlich in vielen Bereichen zunehmende – Komplexität der Entscheidungssituationen verwiesen: Staatliche Steuerung könne häufig nicht mehr auf eine dafür ausreichende Wissensgrundlage zurückgreifen. Teils werden auch Defizite in der tatsächlichen Umsetzung von politischen Entscheidungen, etwa aufgrund der Blockademacht der Adressaten der Politik, oder aber die fortgesetzte Ausweitung staatlicher Leistungen als mögliche Ursachen in den Vordergrund gestellt. Um die verlorene staatliche Steuerungsfähigkeit wiederherzustellen, werden insbesondere sachverständige Experten und betroffene private (Wirtschafts-)Akteure verstärkt in politische Entscheidungsprozesse eingebunden. Darüber hinaus wurden im Zuge der breit gefächerten Governance-Debatte die theoretischen Argumente für eine Politik entwickelt, die um ein „besseres Regieren“²¹ Willen in vielen Fällen die zentrale Stellung des Staates bei der Entscheidung weiter aufgibt.

4 Falsche Wachstumserwartungen als weitere Ursache

Angesichts der Bedeutung materiellen Wohlstands als Legitimationsfaktor müssen die wirtschaftlichen Einbußen weiter Teile der Bevölkerung als besondere Herausforderung gesehen werden, wenn versucht wird, dem Zustimmungsschwund zu begegnen. Es liegt nahe, den Wohlstandsverlust zum Ausgangspunkt einer Lösungssuche zu machen. Daher kann es nicht verwundern, wenn die Rückkehr auf den Pfad kontinuierlicher Wohlstandssteigerung als herausragendes Element möglicher Gegenkonzepte verstanden wird. Eine solche Perspektive folgt und bestärkt allerdings die Erwartung, dass es möglich sei, die hierfür erforderlichen kontinuierlich hohen Wachstumsraten zu erreichen: Man reiht sich ein in den

lauten Chor derer, die stabile Wachstumsraten gemeinsam als ‚Normalfall‘ definieren. Doch gerade in dieser kollektiven Erwartung liegt ein Schlüssel zum Verständnis des Delegitimationsprozesses. Schließlich macht erst diese Konstruktion eines vermeintlichen ‚Normalfalles‘ aus der Verfehlung von politischen Wachstums- und Wohlstandszielen ein Versagen: Ein Scheitern ist dann besonders vorwerfbar, wenn die Erfüllung der Aufgabe durchaus möglich erschien.

Der tatsächliche Normalfall aber ist in Deutschland wie in fast allen entwickelten Volkswirtschaften ein nur *lineares Wachstum*, bei dem die absoluten Zuwächse in etwa gleich bleiben. Die zwangsläufige Folge hiervon sind fortlaufend fallende relative Zuwachsraten.²² Mit anderen Worten: Sinkende Raten sind der Normalfall. Politik an der Stabilität von Wachstumsraten zu messen, erscheint daher als wenig tauglicher Maßstab. Entgegen der ausgesprochenen oder nur intuitiven Erwartung in Politik, Wissenschaft und Bevölkerung wird es keine Rückkehr zu konstant hohen Wachstumsraten geben.

Die bisherigen Ansätze berücksichtigen jedoch kaum, dass es gerade die kollektiv falschen Wachstumserwartungen sind, die die Legitimitätskrise kontinuierlich verschärfen. Der ungeeignete Maßstab, den man gemeinhin zur Messung der Leistungsfähigkeit von Politik und Staat angelegt, wird vielmehr durch die ambitionierten Versuche, Staat und Gesellschaft wieder ‚fit für Wachstum zu machen‘, bestärkt. Legt man hingegen den tatsächlichen Normalfall eines linearen Wachstumstrends zugrunde, erscheinen staatliche und gesellschaftliche Strukturen möglicherweise weit weniger ineffektiv und das demokratische Verfahren weniger reformbedürftig. Entscheidend aber ist, dass die gängigen Reformansätze so trotz der teils geweckten Hoffnungen keine umfassende Antwort auf die dringlichsten Probleme der westlichen Industriegesellschaften bieten können.

5 Mögliche Folgen

Wird eine Strategie der ökonomischen Optimierung gegenüber der Bevölkerung wie sooft als alternativlos dargestellt, findet das öffentliche Ringen um die ‚richtige‘ Entscheidung, wie es für Demokratien als geradezu konstituierend bezeichnet werden kann, immer weniger statt und das Ohnmachtsgefühl beim Wähler nimmt zu. Die beratende Einflussnahme privater Interessengruppen auf eine solche an ökonomischen Maßstäben ausgerichtete Reformpolitik birgt dabei neben tatsächlichen Vorteilen auch das Risiko, dass Entscheidungen intransparent wer-

den und nicht mehr am Gemeinwohl, sondern an Partikularinteressen ausgerichtet werden.²³ Es steht zudem zu befürchten, dass wichtige Erkenntnisse – etwa der Governance-Debatte – im Zuge der bevorstehenden Bilanzierung der an überzogenen Erwartungen ausgerichteten Konzepte verloren gehen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich die Politik im Zuge der wegbrechenden Legitimationsquelle des materiellen Wohlstands in übertriebenem Maß durch die ursprüngliche Rechtfertigung des Staates, nämlich der Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit, zu profilieren versucht. Gerade in den letzten Jahren sind mit dem Terrorismus und neuen internationalen Konflikten politische Großthemen in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, die den Ruf nach dem scheinbar schon ‚ausgedienten Staat‘ wieder aufkommen ließen. Diese Herausforderungen mögen zugleich als eine Chance zur Stärkung der Legitimität nationalstaatlich verfasster Ordnungen verstanden werden.²⁴

Die Debatten um die in vielen westlichen Ländern verabschiedeten Sicherheitsgesetze, in denen Freiheiten der Bürger teils massiv eingeschränkt wurden, der Streit um die Durchführung oder Duldung von Folter oder aber die Diskussionen um Zulässigkeit, Sinn und Ausmaß von militärischen Einsätzen im Ausland wie im Inneren zeigen, dass sich hier zugleich Konflikte mit den eigenen verfassten Grundwerten auftun können.²⁵ Der Versuch, sich gewissermaßen als Ausgleich für gebrochene Wohlstandsversprechen stärker über die Bewahrung innerer und äußerer Sicherheit zu legitimieren, führt den Staat leicht an die – oft erst vom Bundesverfassungsgericht verteidigten – Grenzen der eigenen verfassungsmäßigen Ordnung. Dauerhaft können ungelöste innergesellschaftliche Probleme jedoch auch durch eine solche ‚Politik der Stärke‘ nicht überdeckt werden.

Gefahren für die Fundamente freiheitlich-demokratischer Verfassungen drohen aber nicht nur aufgrund dieser Legitimierungsversuche durch die Politik, sondern auch vom Souverän selbst. Und gerade diese könnte sich verschärfen. Setzt sich der eindeutige und länderübergreifende Wachstumstrend der vergangenen Jahrzehnte fort und werden daraus keine Konsequenzen gezogen, so drohen die Verteilungskämpfe in den entwickelten Volkswirtschaften weiter zuzunehmen. Die daraus erwachsenden sozialen Fragen werden in der Demokratie – zumindest wenn ein für Mehrheiten relevanter Bevölkerungsteil betroffen ist – regelmäßig zu zentralen politischen Fragen.²⁶ Allerdings erscheint zumindest die Bundesrepublik nicht auf eine konfliktreiche Verteilungsdiskussion vorbereitet. In den Zeiten hoher Wachstumsraten war

eine solche nicht nötig und seit den Siebzigerjahren wurden schmerzhaftige Verteilungskämpfe oftmals durch die Aufnahme von Staatsschulden vermieden.²⁷ Erweist sich das bestehende politische System dauerhaft als unfähig, Antworten auf die sich verschärfenden Probleme der Massenarbeitslosigkeit, der Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten und der Überlastung der Sozialsysteme zu finden,²⁸ werden möglicherweise zunehmend verlockend einfache Antworten außerhalb der scheinbar schwerfälligen Verfahren der Demokratie und der Vorgaben des freiheitlichen Rechtsstaates attraktiv. Profiteure einer solchen Entwicklung könnten insbesondere neue kollektive Bewegungen sein,²⁹ die sich für eine starke Umverteilung oder aber eine Verteilung einseitig zugunsten bestimmter Gruppen der Bevölkerung einsetzen – und sich dabei häufig gegen gesellschaftliche Minderheiten richten.

Für ihre Anhänger bringt der Einsatz für die ‚gerechte Sache‘ oftmals größere emotionale Verbundenheit mit sich als die ‚kalten Projekte‘³⁰ der Demokratie und der Marktwirtschaft. Es besteht dann die Gefahr, dass Forderungen populär werden, um der Gruppeninteressen Willen verfassungsrechtlich verbürgte Freiheiten und demokratische Verfahren insgesamt oder für Einzelne zu beschränken. Angesichts der historischen Erfahrungen und der entsprechenden institutionellen Absicherungen mögen solche Szenarien – gerade in Deutschland – auf den ersten Blick abwegig erscheinen. Ernst zu nehmen sind sie dennoch.

6 Fazit

Die hier aufgegriffenen Delegitimationsprozesse haben zahlreiche Ursachen. Während aber viele von ihnen in der politischen Öffentlichkeit und der Wissenschaft breiten Widerhall finden, wird in den Debatten zumeist verkannt, wie stark sich das Bild eines ‚Normalfalles‘, auf die Erwartungen an die Politik und in der Gesellschaft auswirkt. Dementsprechend sind die gängigen Ansätze zur Behebung des festgestellten Legitimationsschwundes unvollkommen: Die Sicherung materiellen Wohlstands

kann nicht allein in einer Politik des ‚ökonomischen Imperativs‘³¹ liegen, die auf konstante Wachstumsraten setzt, obwohl die Wirtschaftsentwicklung seit mehr als fünfzig Jahre einem stabilen linearen Trend folgt und dementsprechend kontinuierlich fallende Raten der Normalfall sind. Ebenso wenig wird eine stärkere Einbindung der Bürger in die demokratische Entscheidungsfindung die Anerkennung erhöhen, wenn damit weiterhin Wohlstandsverluste für große Teile der Bevölkerung einhergehen, die einem fortlaufenden Scheitern der Politik zugeschrieben werden.

Die eigentliche Großaufgabe der gegenwärtigen Politik und auch der Wissenschaft liegt vielmehr darin, sachangemessene Ideen zu entwickeln, wie auch ohne den universellen ‚Problemlöser Wachstum‘ Stabilität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft gesichert werden kann. Ein solcher Abschied vom Wachstum als Nabel der politischen Debatte ist derzeit noch nicht in Sicht, zumal der vermeintliche Verlust an wirtschaftlicher Dynamik lieber der Inkompetenz des politischen Gegners sowie – grundsätzlich behebbaren – strukturellen Mängeln zugeschrieben wird.

Gerade aber weil zu erwarten ist, dass bei weiter sinkenden Wachstumsraten die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zunehmen werden, bedarf es einer stark legitimierten staatlichen Ordnung und starker demokratischer Verfahren, um Gesellschaft und Wirtschaft an diesen Rahmenbedingungen auszurichten und zugleich Freiheit und Gleichheit der Bürger zu bewahren. Hierfür ist zunächst von zentraler Bedeutung, dass die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit von Politik und Staat den Realitäten angepasst werden.³² Erst wenn die Qualität von Politik an deren Umgang mit den anspruchsvollen und langfristigen Aufgaben gemessen wird, vor denen unser Gemeinwesen steht und nicht mehr daran, ob ein vermeintlicher Normalfall ‚wiederhergestellt‘ werden kann, den es in Deutschland und den meisten westlichen Industrienationen nie gab, kann auch der Prozess der Delegitimation zumindest verlangsamt werden.

Anmerkungen

1 Ein breiter Überblick über die Verdrossenheitsdebatte sowie der aus analytischer wie aus empirischer Perspektive gut begründete Vorschlag, den Begriff zumindest in der wissenschaftlichen Debatte aufzugeben und stattdessen auf den Unterstützungsbegriff zurückzugreifen, findet sich bei Arzheimer (2002). Eine mögliche mit der Verwendung verbundene begriffliche Unschärfe wird hier in Kauf genommen, um auf das Phänomen zu verweisen.

2 Insbesondere zum so genannten klassischen Demokratiekonzept des Grundgesetzes s. Böckenförde (2004), S. 429 ff.; zu den zentralen Kritikpunkten daran Bryde (1994), S. 305 ff.; zu neueren und offeneren Interpretationen Trute (2006), S. 307 ff. m.w.N.

3 Vgl. Götz (2006), Rn. 19.

4 Vgl. hierzu nur Offe (1986), S. 129 f.

- 5 Vgl. Die Glaubwürdigkeit der Freiheit, Berliner Rede 2009, Bundespräsident Horst Köhler am 24.03.2009, online verfügbar unter: <http://www.bundespraesident.de/artikel-2.653316/Berliner-Rede-2009.htm> (28.05.2010).
- 6 Vgl. Anschau (2006), S. 11 ff.
- 7 Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums v. 22.12.2009, BGBl. I Nr. 81/2009, S. 3950 ff. Bezeichnenderweise scheint auch die Opposition weniger der Erreichbarkeit der Wachstumsziele zu widersprechen, sondern sieht in den massiven Steuersenkungen nur den falschen Weg, vgl. die große Anfrage der SPD-Fraktion zum Gesetz (BT-Drs. 17/568). Gestritten wird im Kern um den Weg zur Erfüllung einer „staatliche Wachstumsverantwortung“ (Peter Badura).
- 8 Zur einer solchen Perspektive entsprechenden Trennung in Input- und Output-Legitimation s. grundlegend Scharpf (1970), S. 21 ff.
- 9 Überblick bei Bryde (2005), S. 131 ff.; zur Bandbreite möglicher Ansätze einer europäischen Legitimationsdebatte Peters (2001), S. 626 ff.
- 10 Statt vieler Britz/Schmidt (1999), S. 483 f.
- 11 Vgl. Peters (2001), S. 580 ff. u. 647 ff.
- 12 Vgl. etwa die Präambel des Vertrags über die Arbeitsweise der EU; zur ursprünglichen Präambel des EG-Vertrags bereits Kapteyn/Verloren van Themaat (1989), S. 72: „In general, the most striking feature of these objectives is that the emphasis of these objectives falls on dynamic aspects of development, expansion and an accelerated raising of the standard of living rather than on static aspects as balance and stability. This is all the more evident from the preamble to the Treaty.“
- 13 Vgl. etwa den Auszug aus Sachs/Larrain (1995), S. 755 f.: „Volkswirte erwarten, dass Europa einen Output-Anstieg und vielleicht sogar eine nachhaltige Steigerung des Wirtschaftswachstum als Folge des Projekts '92 durch dessen Effekte einer noch effizienteren Ressourcennutzung erfahren wird. Der Ceccine-Report, vorbereitet vom wirtschaftlichen Beraterstab der EG, hat versucht, diese Ziele zu quantifizieren. Der Report schätzt, dass Europa einen kumulierten Effizienzgewinn iHv 2,5-6,5% seines Gesamt-BIP, verteilt über die nächsten Jahre, als Folge von verbessertem Wettbewerb und stärkerer Integration der Märkte in der EG erhalten wird (s. Paola Ceccini, The European Challenge, 1992: The Benefits of a Single Market, Gower 1998). [...] Einige Untersuchungen haben herausgefunden, dass die Berechnungen des Ceccini-Reports die voraussichtlichen Gewinne für Europa unterschätzen, weil die Effizienzerhöhung nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft Wirkung zeigt.“
- 14 Im Nachfolgeprogramm „Europa 2020: Eine neue europäische Strategie für Beschäftigung und Wachstum“ ist das von der Kommission zunächst vorgeschlagene Ziel für ein jährliches Wachstum allerdings nicht enthalten.
- 15 Habermas (1968), S. 48 ff.; ähnlich Offe (1985), S. 129: „Es herrscht Akzeptanz statt Legitimität, Wachstum statt Gerechtigkeit, und Stabilität gründet sich eher auf empirische Ursachen als auf zwingende Gründe.“
- 16 Dazu Bourcarde/Herzmann (2006), S. 4 ff.
- 17 Vgl. dazu die Veröffentlichungen des IWS: Zur Arbeitslosigkeit Bourcarde/Hübner (2005), S. 9 ff.; zur Staatsverschuldung Bourcarde (2007), S. 4 ff.; zur Verteilungsproblematik Bourcarde/Anschau (2008), S. 10 ff.
- 18 Bezeichnend ist insoweit, dass das Grundgesetz in seinen frühen Jahren relativ unbeliebt bei der Bevölkerung war und seine Akzeptanz erst mit dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung anstieg, vgl. Bryde (2009), S. 44 m.w.N.
- 19 Zu weiteren Ursachen des Verlust der Legitimationskraft von Wahlen Lübke-Wolf (2001).
- 20 Allerdings sehen mittlerweile auch frühere Anhänger ein Kompensationspotential durch eine stärkere Beteiligung von Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden mittlerweile skeptisch, da auch diese mittlerweile ähnliche Mobilisierungsprobleme wie in der Politik aufweisen, vgl. Bryde (2008), S. 42.
- 21 So der deutsche Name des Weißbuchs „European Governance“ der Europäischen Kommission, mit dem sie die Governance-Debatte auf EU-Ebene zu rezipieren versuchte, s. Europäische Kommission (2002), kritisch dazu Möllers (2006), S. 313 ff.
- 22 Näher dazu Bourcarde/Herzmann u.a. (2008), S. 4 ff.
- 23 Prominent ist die Kritik von Crouch (2008), der eine Entwicklung hin zur sog. Postdemokratie diagnostiziert, in der zwar noch politische Wahlen abgehalten werden und andere Merkmale der Demokratie formal bestehen, diese aber angesichts des tatsächlichen überragenden Einflusses „der Wirtschaft“ zu einem bloßen Spektakel verkommen und die Förderung „egalitärer Projekte“ und damit der Wohlfahrtsstaat insgesamt gefährden (S. 10 ff.).
- 24 Kritisch zu solchen Stimmen Di Fabio (2008), S. 423.
- 25 Einen Höhepunkt der Diskussion bildete die Debatte um das Luftsicherheitsgesetz, vgl. statt vieler die Besprechung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Urt. v. 15. 2. 2006, Az.: 1 BvR 357/05) von Schenke (2006), S. 736 m.w.N.
- 26 Böckenförde (2004), Rn. 98 f.
- 27 Dazu Bourcarde (2007), S. 4 ff.
- 28 Die Funktionsfähigkeit der Demokratie in Deutschland wird nach der Untersuchung polis/sinus (2008) insbesondere in finanzschwachen Bevölkerungsschichten angezweifelt, vgl. polis/sinus, Persönliche Lebensumstände, Einstellung zu Reformen, Potentiale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten. Eine Untersuchung der polis/sinus Gesellschaft für Marktforschung mbh im Auftrag der Friedrich-Ebert Stiftung, online verfügbar unter: http://www.fes.de/inhalt/Dokumente_2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf (28.05.2010).
- 29 Zur Bedeutung von kollektiven Bewegungen in derartigen Phasen Crouch (2008).
- 30 Dahrendorf (1993), S. 11.
- 31 Kritisch in Bezug auf einen solchen „ökonomischen Imperativ“ statt vieler Nonhoff (2009).
- 32 Ähnlich Bryde (2009), S. 45.

Quellen

- Anschau, Torben: Konjunktur eines Begriffs. Wachstum in Wahlkämpfen und Medien, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien 2/2006, S. 11-16.
- Arzheimer, Kai: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Opladen 2002.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: § 24 Demokratie als Verfassungsprinzip, in: Isensee/Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts, Band II, 3. Aufl., Heidelberg 2004, S. 429-496.
- Bourcarde, Kay / Hübner, Viola: Arbeit durch Wachstum?, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien 1/2005, S. 9-13.
- Bourcarde, Kay / Herzmann, Karsten u.a.: Die Kernaussage des Instituts für Wachstumsstudien – Edition 2008, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien 4/2008, S. 4-8.
- Bourcarde, Kay / Herzmann, Karsten: Normalfall exponentielles Wachstum? – ein internationaler Vergleich, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien 2/2006, S. 4-10.
- Bourcarde, Kay: Lineares Wirtschaftswachstum – exponentielle Staatsverschuldung, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien 3/2007, S. 4-7.
- Britz, Gabriele / Schmidt, Marlene: Die institutionalisierte Mitwirkung der Sozialpartner an der Rechtsetzung der Europäischen Gemeinschaft. Herausforderungen des gemeinschaftsrechtlichen Demokratieprinzips, in: EuR 1999, S. 467-498.
- Bryde, Brun-Otto: Demokratisches Europa und Europäische Demokratie, in: Gaitanides / Kadelbach / Rodriguez / Iglesias u. a. (Hg.): Europa und seine Verfassung, Baden-Baden 2005, S. 131-144.
- Bryde, Brun-Otto: Die bundesrepublikanische Volksdemokratie als Irrweg der Demokratietheorie, in: Staatswissenschaft und Staatspraxis 1994, S. 305-330.
- Bryde, Brun-Otto: Verfassungsrecht und gesellschaftliche Realität, in: Kritische Justiz (Hg.), Dokumentation: Kongress „60 Jahre Grundgesetz; Fundamente der Freiheit stärken“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 13./14. März 2009 in Berlin, Baden-Baden 2009, S. 40-48.
- Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt/M. 2008.
- Dahrendorf, Ralf: Freiheit und soziale Bindungen. Anmerkungen zur Struktur einer Argumentation, in: Michalski, Krzysztof (Hg.): Die liberale Gesellschaft. Castalgandolfo-Gespräche 1992, Stuttgart 1993, S. 11-20.
- Di Fabio, Udo: Sicherheit in Freiheit, in: Neue Juristische Wochenschrift 2008, S. 421-425.
- Götz, Volkmar: § 85 Innere Sicherheit, in: Isensee, Josef/ Kirchhof, Paul: Handbuch des Staatsrechts, Band IV, 2006, S. 671-700.
- Habermas, Jürgen: Technik und Wissenschaft als Ideologie. Zum 70. Geburtstag von Herbert Marcuse, in: (ders.): Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/M 1968.
- Kapteyn, Paul / Verloren van Themaat, Pieter: Introduction to the law of the European Communities, 2. Auflage, Deventer 1989.
- Lübbe-Wolff, Gertrude: Europäisches und nationales Verfassungsrecht, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 60/2001, S. 246-289.
- Möllers, Christoph: European Governance: Meaning and Value of a Concept, in: Common Market Law Review 2006, S. 313-336.
- Nonhoff, Martin: Die ökonomische Bedrohung politischer Selbstbestimmung. Zum Verhältnis von Demokratie und Wohlfahrtsstaat, in: Brodcz / Schaal / Llanque (Hg.): Bedrohungen der Demokratie, 2009.
- Offe, Claus: Sozialstaat und politische Legitimation, in: Randelzhofer / Süß (Hg.): 35 Jahre Grundgesetz, New York 1985, S. 127-132.
- Peters, Anne: Elemente einer Theorie der Verfassung Europas, 2001.
- Sachs, Jeffrey / Larrain Buscunan, Felipe: Makroökonomik in globaler Sicht, 1995.
- Scharpf, Fritz W.: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, 1970.
- Schenke, Wolf-Rüdiger: Die Verfassungswidrigkeit des § 14 III LuftSiG, in: Neue Juristische Wochenschrift 2006, S. 736-739.
- Trute, Hans-Heinrich: § 6 Die demokratische Legitimation der Verwaltung, in: Hoffmann-Riem / Schmidt-Aßmann / Voßkuhle (Hg.): Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I, 2006, S. 307-389.

Der abgehängte Sozialstaat

Über die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen

von Kay Bourcarde

Deutschland ist ein „Sozialversicherungsstaat“:¹ Rund 60 Prozent des Sozialbudgets entfallen auf die fünf Zweige der Gesetzlichen Sozialversicherung.² Dementsprechend sind, wenn über die Finanzierungsnöte des Sozialstaats diskutiert wird, damit vor allem auch Engpässe bei den Sozialversicherungen gemeint. Als Ursache hierfür wird meist auf gestiegene Ausgaben verwiesen, so etwa in der Rentenversicherung infolge einer wachsenden Zahl von Ruheständlern oder in der Krankenversicherung durch überproportional zunehmende Medikamentenkosten. In seiner vierteiligen Reihe „Sozialreformen seit 1989“ hat das IWS die vielfältigen Bemühungen der Politik gezeigt, den Finanzierungsschwierigkeiten insbesondere durch Ausgabenkürzungen zu begegnen, ohne dass damit jedoch eine nachhaltige Konsolidierung gelungen wäre. Anknüpfend an diese Studie soll der vorliegende Aufsatz nun für die Einnahmeseite zeigen, weshalb insbesondere solche Erklärungsansätze zu kurz greifen, die eine anhaltende „Wachstumskrise“ als unmittelbare Ursache für Engpässe ausmachen: Zum einen entsprach das durchschnittliche Wachstum des vergangenen Jahrzehnts dem langfristigen linearen Trend und kann daher kaum als Krise bezeichnet werden. Zum anderen lässt sich feststellen, dass weniger das Wirtschaftswachstum zu niedrig, als vielmehr die Partizipation der Sozialversicherungen daran zu gering ist.

1 Finanzierungseingänge der Sozialversicherungen

Diskussionen um die Finanzierungsnöte der Sozialversicherungen sind nicht neu: Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre ist immer wieder über die Ursachen sowie über mögliche Auswege gestritten worden. Dabei erhöht nicht zuletzt der Umstand, dass die Finanzierung im Wesentlichen über Beiträge erfolgt, die öffentliche Aufmerksamkeit – sind doch Beitragssatzanhebungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber unmittelbar wahrnehmbar und meist ein mediales Ereignis. Auch dies trägt dazu bei, dass der Streit um Finanzierungseingänge in den Sozialversicherungen in hohem Maß von Interessen geprägt ist. Bereits die Diagnose, wie groß die Fehlbeträge sind, kann zur Durchsetzung politischer Ziele genutzt werden und den argumentativen Boden für sich daran anschließende Lösungskonzepte bereiten.

Hier soll jedoch nicht der ausgesprochen breite Interessensstreit dargestellt, sondern untersucht werden, welche Finanzierungsschwierigkeiten sich tatsächlich aus der

oftmals diagnostizierten anhaltenden „Wachstumskrise“³ ergeben. Dies ist deshalb so bedeutsam, weil höheres Wirtschaftswachstum zunehmend zum Primärziel erklärt wird, dem sich – ganz im Sinne von „ohne Wachstum ist alles nichts“⁴ – andere politische Vorhaben unterzuordnen haben.⁵

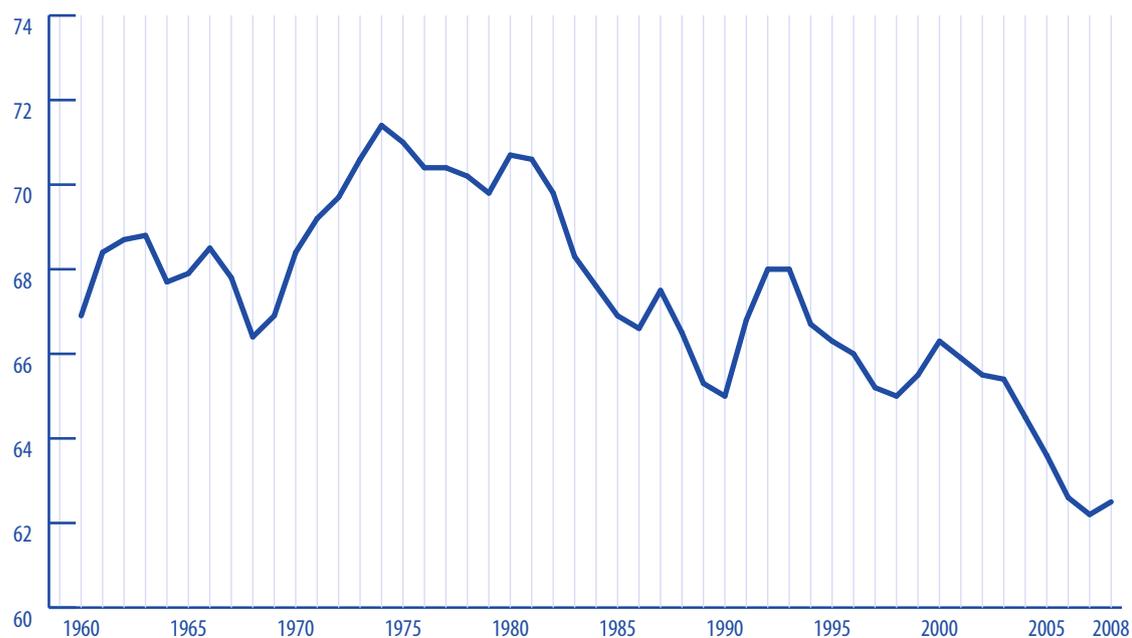
Sinkende Wachstumsraten sind der Normalfall

Die Feststellung, es gäbe eine bereits lange währende Wachstumskrise, beruht auf der Annahme, dass Volkswirtschaften grundsätzlich um konstante Prozentraten wachsen können und Abweichungen von diesem exponentiellen Trend daher auf wie auch immer geartete Wachstumshemmnisse zurückzuführen sind. Wie das IWS in seiner Kernaussage und weiteren Aufsätzen dargestellt hat, muss jedoch ein ‚nur‘ lineares Wirtschaftswachstum – auch im internationalen Vergleich – als Normalfall verstanden werden.⁶ Sinkende relative Wachstumsraten sind somit auch nicht von vornherein als Anzeichen einer Fehlentwicklung zu interpretieren. Sie sind vielmehr das zwangsläufige Ergebnis eines stabilen linearen Trends, der

Grafik

Bereinigte Lohnquote 1960-2008

In Prozent



Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009: Statistisches Taschenbuch 2009, Tab. 9.7.

www.wachstumsstudien.de

© Institut für Wachstumsstudien



für entwickelte Volkswirtschaften als typisch bezeichnet werden kann.

Doch auch wenn es sich bei den sinkenden Zuwachsraten um einen ‚normalen‘ Vorgang handelt, ändert dies nichts an den negativen Folgen, die sich hieraus ergeben können. Die Konsequenzen etwa für den Arbeitsmarkt liegen auf der Hand: Zwar ist strittig, welche Wechselwirkungen genau bestehen. Zudem zeigt das Phänomen des so genannten *jobless growth*, dass Wirtschaftswachstum nicht zwangsläufig mit einem Wachstum an Arbeitsplätzen einhergehen muss. Ungeachtet dessen besteht aber eine grundsätzliche Korrelation zwischen niedrigen Wachstumsraten und steigender Arbeitslosigkeit.⁷ Der Rückgang von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen wiederum führt zum Ausfall von Beitragseinnahmen bei einem gleichzeitigen Anstieg von Sozialausgaben. Insoweit kann also begründet werden,

weshalb fallende Wachstumsraten die Finanzierung der Sozialversicherungen unmittelbar schwächen können.

Finanzierungsgengpässe nicht monokausal erklärbar

Dennoch darf dieser grundsätzlich vorhandene Zusammenhang nicht zu monokausalen Schlüssen führen. Insbesondere sagt die grundsätzliche Feststellung eines Zusammenhangs noch nichts darüber aus, in welchem *Umfang* dies die beobachtbaren Probleme erklärt. So ist zum einen der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nicht allein sinkenden Wachstumsraten, sondern auch einem generellen Wandel auf dem Arbeitsmarkt geschuldet. Insbesondere das so genannte *Normalarbeitsverhältnis* wird seltener, während die Bedeutung von Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung oder Leiharbeit zunimmt: Waren 1998 noch fast drei Viertel (72,6%) der

Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis, waren es 2008 nur noch zwei Drittel (66,0%). Der Anteil *atypischer Beschäftigungsformen* ist im gleichen Zeitraum von 16,2% auf 22,2% gestiegen.⁸

Zum anderen impliziert der Verweis auf eine anhaltende Wachstumskrise eine unmittelbare Kausalität: Weil das Bruttoinlandsprodukt (BIP) langsamer wächst, wachsen auch die Beitragseinnahmen langsamer und können daher mit den gestiegenen Ausgaben nicht Schritt halten. Dem logischen Umkehrschluss nach kann somit nur ein stärkeres Wirtschaftswachstum einen Ausweg aus dem Einnahmeproblem bieten und steigende Beitragssätze verhindern. Nachfolgend soll jedoch mit Blick auf das lineare Wachstum gezeigt werden, weshalb die Einnahmeausfälle weit über das hinausgehen, was sich unmittelbar mit sinkenden Wachstumsraten erklären ließe. Gleichzeitig kann damit begründet werden, weshalb höhere Wachstumsraten keineswegs zwangsläufig zu einer Konsolidierung der Sozialversicherungen führen müssen.

2 Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen

Der Zusammenhang zwischen der Höhe des Bruttoinlandsprodukts auf der einen und den Einnahmen der Sozialversicherungen auf der anderen Seite ist bereits aufgrund des lohnbezogenen Finanzierungsverfahrens kein unbedingter. Relevant ist nämlich zunächst einmal nicht das Wachstum des gesamten Bruttoinlandsprodukts, sondern nur jenes Teils des BIP (genauer: Volkseinkommens), der zur Finanzierung der Sozialversicherungen beiträgt. Im Wesentlichen sind dies die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung.

Vermögenseinkommen steigen, Arbeitseinkommen stagnieren

In Ausgabe 4 (2008) sind die Folgen des linearen Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit den in der Tendenz exponentiell wachsenden Zinserträgen diskutiert worden: Damit Bruttoinlandsprodukt einerseits und Vermögenseinkommen andererseits im Gleichschritt wachsen können, muss das nominale Wirtschaftswachstum dem durchschnittlichen Zinssatz entsprechen. Mit wenigen Unterbrechungen aber unterschreitet das lineare Wirtschaftswachstum seit etwa Mitte der 1970er Jahre regelmäßig das Zinsniveau („Zins-Wachstums-Schere“). Eine Folge davon ist der Rückgang von Realinvestitionen sowie ein im Vergleich zur Wirtschaftskraft überproportionaler Anstieg von Vermögenseinkommen.⁹ So betragen

die Zinserträge 1968 noch 5,5% des Bruttoinlandsprodukts, bis 2008 stiegen sie – lediglich kurzzeitig unterbrochen vom Platzen der Spekulationsblase im Jahr 2001¹⁰ sowie nunmehr erneut von der internationalen Finanzkrise – auf 18,1%.¹¹

Die Arbeitseinkommen hingegen fielen zurück, insbesondere die der abhängig Beschäftigten. Die Löhne profitieren immer weniger am wachsenden Wohlstand, dementsprechend ist die bereinigte Lohnquote seit dem Jahr 2000 auf ein Rekordtief gesunken (von ihrem Höchststand von 71,4% in 1974 auf 62,5% in 2008).¹² Real sind die Nettolöhne zwischen 2004 und 2008 sogar gesunken, eine, wie das DIW urteilt, „in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung, denn nie zuvor ging ein durchaus kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer Senkung der realen Nettolöhne über mehrere Jahre einher.“¹³

Abkopplung der Sozialversicherungen vom Wachstum

Weil die sinkende Lohnquote in der Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien eine besonders wichtige Rolle spielt, muss an dieser Stelle betont werden, dass hier nicht die Frage der Verteilungsgerechtigkeit behandelt werden soll. Dementsprechend kann beispielsweise auch dahingestellt bleiben, inwieweit die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung ein nur unvollständiges Bild der Einkommensverteilung vermitteln, etwa weil teils auch Lohnempfänger weitere Einkünfte aus Kapitalerträgen erzielen. Was die Finanzierungsgrundlagen der Sozialversicherungen angeht, kann die sinkende Lohnquote hingegen durchaus ein objektives Bild davon vermitteln, dass deren Finanzierungsbasis schmaler wird. Denn gleichgültig, wer im Einzelnen über die überproportional steigenden Vermögenseinkommen verfügt, werden daraus jedenfalls keine Beiträge an die Sozialversicherungen abgeführt. Die Zins-Wachstums-Schere als Erklärungsansatz kann verdeutlichen, weshalb es sich bei der Benachteiligung der Löhne nicht um eine zeitweise Erscheinung handelt, sondern um einen langfristigen und sich weiter fortsetzenden Trend. Diese Entwicklung lässt sich weder durch Forderungen nach höheren Löhnen noch durch höhere Beitragssätze ohne weiteres unterbrechen: Höhere Löhne würden ausgerechnet diejenigen Unternehmen belasten, die ihre Gewinne nicht am Finanzmarkt, sondern durch Realinvestitionen erwirtschaften und die damit auch von den überproportional wachsenden Vermögenseinkommen abgeschnitten sind. Höhere Beitragssätze wiederum würden ebenfalls gerade jenem Teil des Volkseinkommens entnommen, der zur Stagnation ten-

Die Steuerlastverteilung in Deutschland anhand ausgewählter Steuern (1960-2009)

(in Prozent)

	1960	1970	1980	2000	2005	2009 ¹⁾
Lohnsteuer	11,8	22,8	30,6	31,6	28,0	28,1
Umsatz- und Verbrauchssteuern	21,7	17,4	25,6	34,3	36,2	35,7
Gewinnsteuern zusammen	34,7	25,5	24,9	18,3	17,2	20,7

1) Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung

Quelle: Schäfer, Claus: Anhaltende Verteilungsdramatik, in: WSI-Mitteilungen 11+12/2008, S. 592.

diert. Die Finanzierung der Sozialversicherungen, so muss man daher feststellen, ist mittlerweile *strukturell* vom wirtschaftlichen Wachstum abgekoppelt worden.

3 Ausgleich durch Steuerfinanzierung?

Die Sozialversicherungen insgesamt werden zu rund 20% aus Steuermitteln bezuschusst.¹⁴ Daher ist die Frage berechtigt, inwieweit die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungssysteme durch eine anteilige Steuerfinanzierung durchbrochen bzw. kompensiert werden kann. Dies allerdings setzt voraus, dass die unterschiedlichen Steuern, aus denen die Sozialversicherungen mitfinanziert werden, ihrerseits an der steigenden Wirtschaftskraft partizipieren. Da es hier um die grundsätzlichen Entwicklungstendenzen geht und nicht die Finanzierungsströme in ihrer exakten Höhe betrachtet werden sollen, kann vereinfachend der jeweilige Anteil der Steuerarten am allgemeinen Steueraufkommen mit deren anteiliger Finanzierung der Sozialversicherungen gleichgesetzt werden.

Steigende Steuerbelastung der Lohneinkommen

Hinsichtlich der Steuerbelastung ist langfristig trotz wechselnder politischer Mehrheiten ein klarer Trend zu erkennen. Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist von 11,8% in 1960 auf heute 28,1% gestiegen.¹⁵ Der Teil der Sozialversicherungsleistungen, der direkt über Löhne finanziert wird, hat sich somit um das knapp 2,5fache erhöht. Bereits dieses Beispiel macht deutlich, warum eine Steuerfinanzierung die Finanzierungsbasis nicht zwangsläufig verbreitert: Gerade die mangelnde

Partizipation der Löhne am Wirtschaftswachstum ist die unmittelbare Ursache für die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen. Vom Ergebnis her macht es aber keinen Unterschied, ob aus dem Lohnaufkommen nun Mittel in Form von *Beiträgen* oder aber als *Steuern* an die Sozialversicherung fließen.

Der zweitwichtigste Posten im allgemeinen Steueraufkommen sind die Umsatzsteuer und sonstige Verbrauchssteuern. Deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen hat sich seit 1960 ebenfalls deutlich erhöht und zwar von 21,7% auf 35,7%.¹⁶ Betrachtet man nun, wie sich wiederum das Mehrwertsteueraufkommen in etwa auf die unterschiedlichen Haushaltstypen verteilt, so ist festzustellen, dass davon 32,7% auf Angestellten- und 18,2% auf Arbeiterhaushalte entfallen. Weitere 29,6% tragen Rentnerhaushalte bei (2003),¹⁷ die in diesem Zusammenhang ebenfalls weitgehend den Löhnen zugerechnet werden können. Denn da die Alterseinkommen hauptsächlich von den Beitragszahlern finanziert werden, entspringen die daraus bezahlten Umsatzsteuern ebenfalls dem Lohnanteil des Volkseinkommens.¹⁸ Zusammengefasst werden daher auch etwa drei Viertel des Mehrwertsteueraufkommens direkt oder indirekt aus den Lohneinkommen gespeist.

Spiegelbildlich zur Lohn- und Umsatzsteuer ist der Anteil der Gewinnsteuern, die auch die Steuern der überproportional am Wirtschaftswachstum partizipierenden Kapitaleinkommen beinhalten, seit 1960 signifikant zurückgegangen von ehemals insgesamt 34,7% auf 20,7%.¹⁹ Berücksichtigt man nun die Lohnsteuer selbst sowie den lohnbezogenen Anteil des Mehrwertsteueraufkommens und bezieht dies auf deren jeweils erheb-

lich gestiegene Bedeutung am Gesamtsteueraufkommen, so zeigt sich bei überschlägiger Berechnung, dass sich der Finanzierungsanteil der Löhne an den Sozialversicherungen von unter 30% in 1960 auf heute rund 55% nahezu verdoppelt hat. Hierbei sind weitere Lohn-Anteile in sonstigen Steuern wie Energie- oder Kfz-Steuern noch nicht berücksichtigt.

Steuerfinanzierung kann Wachstumsabkopplung nicht durchbrechen

Wenn der steuerfinanzierte Zuschuss zu den Sozialversicherungen zum überwiegenden Teil auf stagnierende Lohnneinkommen zurückzuführen ist, bedeutet dies zugleich, dass ein ebenfalls überwiegender Teil des steuerfinanzierten Zuschusses nicht mehr an die steigende Wirtschaftsleistung anknüpft. Die Vermögenseinkommen hingegen sind trotz überproportional steigender Partizipation am Volkseinkommen immer weniger an der Steuerfinanzierung beteiligt. Daher ändert sich an der zuvor festgestellten strukturellen Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen nur wenig. Da die Steuerbelastung langfristig zu den Löhnen hin verschoben wurde, hat sich deren Finanzierungsgrundlage im Gegenteil sogar noch verengt.

4 Ergebnis

Die Sozialversicherungssysteme sind derart komplex, dass Finanzierungsprobleme nicht monokausal erklärt werden können. Sowohl auf der Einnahme- wie auch der Ausgabenseite gibt es verschiedene Ursachen für kurz- und langfristig auftauchende Engpässe. Zudem darf man nicht übersehen, dass es vielfach eine Frage der politischen Ausrichtung ist, ob steigende Kosten, sei es nun im Gesundheitswesen oder in der Rentenversicherung, überhaupt als Fehlentwicklung interpretiert werden oder aber als Ausdruck sozialpolitischer Errungenschaften.

Einnahmeausfall von circa 100 Mrd. Euro

Im Bewusstsein dieser Einschränkungen soll nachfolgend versucht werden, die Folgen der aufgezeigten Wachstumsabkopplung zu quantifizieren. Der Umfang der Einnahmeausfälle lässt sich zwar nicht exakt beziffern, dennoch ist es mit einfachen Methoden möglich eine grobe Schätzung vorzunehmen: Setzt man die Gesamtsumme der Löhne einschließlich der so genannten Lohnnebenkosten ins Verhältnis zu den Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen, so zeigt sich, dass die Sozialversicherungen zu rund 40% an der Lohnsumme partizipieren.

Dieser Anteil ist über die letzten fünfzehn Jahre betrachtet recht konstant. Die bereinigte Lohnquote allerdings ist aufgrund des stagnierenden Lohnniveaus zwischen 1995 und 2008 um 3,8 Prozentpunkte gesunken und mit ihr die Beteiligung der Sozialversicherungen am Volkseinkommen. Wären die Löhne hingegen im Gleichklang mit dem Wirtschaftswachstum gestiegen, hätte dies auch zu einer entsprechenden Partizipation der Sozialversicherungen führen können. So aber ergibt sich bei überschlägiger Berechnung alleine für die Jahre 2004 bis 2008 ein kumulierter Einnahmeausfall von etwa 100 Mrd. Euro.²⁰

Wirtschaftswachstum sollte kein Primärziel sein

Beträge dieser Größenordnung lassen erahnen welche konkreten Folgen die zunächst einmal sehr abstrakte Diagnose einer strukturellen Wachstumsabkopplung hat. Zugespitzt ausgedrückt ist weniger das Wirtschaftswachstum zu niedrig, als vielmehr die Partizipation der Sozialversicherungen daran zu gering. Zwar könnte man argumentieren, dass die Finanzierungsschwierigkeiten eine Folge davon sind, dass das Wirtschaftswachstum das Zinsniveau unterschreitet und dass somit letztlich doch ein zu niedriges Wachstum die eigentliche Ursache ist. Im Hinblick auf mögliche Lösungskonzepte aber macht es einen grundsätzlichen Unterschied, ob sinkende Wachstumsraten *unmittelbar* zu Einnahmeausfällen führen oder nur *mittelbar* über den Umweg einer ‚Zins-Wachstums-Schere‘. Im ersteren Fall nämlich erscheint tatsächlich einzig eine Politik als erfolgsversprechend, die ein dauerhaft höheres Wirtschaftswachstum zu ihrem Primärziel macht. Nicht nur aber würde ein deutlich höheres Durchschnittswachstum dem stabilen linearen Trend der vergangenen fünfzig Jahre widersprechen und ist daher unwahrscheinlich, auch die Reaktionsmöglichkeiten seitens der Politik sind weitaus weniger alternativlos als es oftmals – in demokratiethoretisch durchaus bedenklicher Weise²¹ – unterstellt wird. Vielmehr dürften eine Vielzahl von Ansätze denkbar sein, die dazu führen können, dass die Sozialversicherungen wieder stärker am (wenn auch ‚nur‘ linearen) Wachstum beteiligt werden. Dies gilt umso mehr, als dass derartige Strategien weit über Sozialpolitik hinausgehen müssten, sind damit doch grundsätzliche wirtschafts- und ordnungspolitische Fragen verbunden. Das starre Handlungskorsett abzulegen, in dem Lösungen nur auf der Grundlage von „mehr Wachstum“ denkbar sind, mag für die politischen Entscheidungsträger unbequem sein, für eine pluralistische Demokratie hingegen wäre es zweifelsohne ein großer Zugewinn.

Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa Schmidt (2005).
- 2 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.) (2008), Sozialbudget, S. 7.
- 3 Vgl. Bäcker (2008), S. 156; vgl. etwa auch Sesselmeier (2006), S. 25; Heinze (2006), S. 51; Schmid (2005), S. 144; Gries (2003), S. 139.
- 4 so CDU Deutschland (Hg.) (2004); Horeld, in: Zeit Online v. 14.09.09.
- 5 Vgl. etwa Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW); „Wir stärken die Familien“, in: Wiesbadener Tagblatt v. 26.10.09; Slavik, in: Süddeutsche Zeitung v. 23.09.2008, S. 5; Herz, in: Die Zeit.
- 6 Vgl. Institut für Wachstumsstudien 2008; Bourcarde/Herzmann (2006).
- 7 Vgl. Allmendinger/Eichhorst/Walwei (2005).
- 8 Vgl. Statistisches Bundesamt (2009), Pressemitteilung Nr. 304. Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird ein Beschäftigungsverhältnis verstanden, das voll sozialversicherungspflichtig, mit mindestens der Hälfte der üblichen vollen Wochenarbeitszeit und mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat, was bei Zeitarbeiterinnen und -arbeitnehmern nicht der Fall ist. Von atypischen Beschäftigungsformen wird gesprochen, wenn eines oder mehrere dieser Kriterien nicht erfüllt sind. Dazu zählen neben der Zeitarbeit, Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen sowie befristete Beschäftigungen.
- 9 Vgl. Bourcarde/Anschau (2008).
- 10 Deutsche Bundesbank (2003); Spiegel-Online.
- 11 Deutsche Bundesbank (2009); Statistisches Bundesamt (2009), Tab. 1.1; eigene Berechnungen.
- 12 Statistisches Bundesamt (2009), Tab. 9.7.
- 13 Brenke (2009), S. 550.
- 14 Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (2009), S. T11.
- 15 Schäfer (2008), S. 592.
- 16 Schäfer (2008), S. 592.
- 17 Bach (2005).
- 18 Bei genauer Betrachtung werden die Renten natürlich auch zu rund einem Viertel aus dem Bundeszuschuss zur Rentenversicherung bezahlt, dessen Finanzierungsquellen hier jedoch gerade betrachtet werden sollen. Einschränkend muss bei der Umsatzsteuer berücksichtigt werden, dass – anders als dies bei den Sozialbeiträgen und der Lohnsteuer der abhängig Beschäftigten der Fall ist – auch noch angespartes Vermögen und daraus resultierende Kapitaleinkommen eine Rolle spielen. Dennoch finanzieren sich insbesondere Arbeitnehmerhaushalte zum allergrößten Teil über die Löhne und die Rentnerhaushalte weiterhin zum weit überwiegenden Teil über Rentenzahlungen, vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008), Alterssicherungsbericht, S. 98, 185; Statistisches Bundesamt (2009), Laufende Wirtschaftsrechnung.
- 19 Schäfer (2008), S. 592.
- 20 Statistisches Bundesamt (2009), Tab. 1.8, 7.3, 9.7; eigene Berechnungen.
- 21 Vgl. zur These der Entpolitisierung der Politik etwa Crouch (2005).

Quellen

- Allmendinger, Jutta / Eichhorst, Werner / Walwei, Ulrich: IAB-Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen Daten Fakten (IAB-Bibliothek, Band 1), Frankfurt [Main] [u.a.] 2005.
- Bach, Stefan: Mehrwertsteuerbelastung der privaten Haushalte 2005, URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/43845/diw_datadoc_2005-010.pdf (28.10.2009).
- Bäcker, Gerhard: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, 4. Auflage, Wiesbaden 2008.
- Bourcarde, Kay / Anschau, Torben: Zur Unvereinbarkeit des Zinssystems mit linearem Wirtschaftswachstum, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 4, 2008, S. 9–16, online verfügbar unter: http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft4/Unvereinbarkeit_Zinssystem_lineares_Wirtschaftswachstum.pdf (10.05.2010).
- Bourcarde, Kay / Herzmann, Karsten: Normalfall exponentielles Wachstum? - ein internationaler Vergleich, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 2, 2006, S. 4–10, online verfügbar unter: http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall_exponentielles_Wachstum.pdf (10.03.2010).
- Brenke, Karl: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 33, 2009, S. 550–560.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Alterssicherungsbericht 2008. Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2008 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI. 2008a, URL: http://www.bmas.de/portal/29492/property=pdf/2008__11__19__alterssicherungsbericht__2008.pdf (7.12.2009).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialbudget 2007. Tabellenauszug, Berlin 2008.
- Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Sozialbericht 2009, URL: http://www.bmas.de/portal/33916/property=pdf/a101-09__sozialbericht__2009.pdf (08.06.2010).
- CDU Deutschland: Beschluss des 18. Parteitages der CDU Deutschlands 2004, URL: http://www.cdu.de/doc/pdfc/12_07_04_Beschluss_Duesseldorf_Wachstum.pdf (02.06.2010).
- Crouch, Colin: Post-democracy, Oxford 2005.
- Deutsche Bundesbank: Zinserträge. Monatsbericht September 2003.
- Deutsche Bundesbank: Zinserträge der Kreditinstitute 2009, URL: http://www.bundesbank.de/download/statistik/bankenstatistik/guv_tab3.pdf (17.12.2009).
- Gries, Thomas: Neue Wachstums- und Innovationspolitik in Deutschland und Europa (Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Band 189), Heidelberg 2003.
- Heinze, Rolf G.: Wandel wider Willen. Deutschland auf der Suche nach Prosperität, Wiesbaden 2006.
- Herz, Wilfried: Alles auf Wachstum, in: Die Zeit, Ausgabe 41/2005.
- Horeld, Markus: Riskante Wette auf die Zukunft, in: Zeit Online v. 14.09.09.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW): Familienpolitik: Langfristiger Wachstumsmotor. IW-Nachrichten v. 16. Februar 2009, URL: <http://www.iwkoeln.de/tabID/2207/ItemID/22909/language/de-DE/Default.aspx> (15.04.2010).
- Institut für Wachstumsstudien: Kernaussage des Instituts für Wachstumsstudien. Edition 2008, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 4, 2008, S. 4–8, online verfügbar unter: http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft4/Kernaussage_Edition_2008.pdf (10.03.2010).
- Schäfer, Claus: Anhaltende Verteilungsdramatik. WSI-Verteilungsbericht 2008, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 11+12, 2008, S. 587–596.
- Schmid, Josef: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005.
- Schmidt, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 3. Auflage (Grundwissen Politik, Band 2), Wiesbaden 2005.
- Sesselmeier, Werner: Die demographische Herausforderung der Alterssicherung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 8-9, 2006, S. 25–31, online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/files/9JEAEH.pdf> (15.06.2010).
- Slavik, Angelika: Sozialstaat in Gefahr. Kapitalismus-Kritik der SPD: Wirtschaftlicher Fortschritt wurde zum Selbstzweck, in: Süddeutsche Zeitung v. 23.09.2008, S. 5.
- Spiegel-Online: Die wichtigsten Wegmarken des Dax 2008, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,563227,00.html> (10.4.2009).
- Statistisches Bundesamt: Laufende Wirtschaftsrechnung 2007. Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte 2007 nach Gebietsständen. Glied.-Nr : D1 2.7 V Wiesbaden 2009.
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Taschenbuch 2009, Wiesbaden 2009.
- Statistisches Bundesamt: Umfang atypischer Beschäftigung hat zugenommen. Pressemitteilung Nr. 304, Pressemitteilung vom 19.08.2009, Wiesbaden 2009, online verfügbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/08/PD09__304__132,templateId=renderPrint.psm1 (21.04.2010).
- „Wir stärken die Familien“. Interview mit Rainer Brüderle, designierter Bundeswirtschaftsminister, in: Wiesbadener Tagblatt v. 26.10.09.

„Exit – Wohlstand ohne Wachstum“

Meinhard Miegel, Propyläen, 2010 – 22,95 €



Buchbesprechung von Karsten Herzmann

Meinhard Miegel ist einer der politisch einflussreichsten und umstrittensten Sozialwissenschaftler in Deutschland. Seit vielen Jahren weist er auf sinkende Wachstumsraten hin und fordert medienwirksam, das Land müsse sich auf die damit verbundenen Herausforderungen einstellen. Wenn Miegel daher ein Buch mit dem Titel „Exit – Wohlstand ohne Wachstum“ veröffentlicht, könnte dies eine – vom IWS lange geforderte – Diskussion um den Normalfall „lineares Wachstum“ eröffnen.

Kritische Bücher zu den Grundlagen unseres Wirtschaftssystems haben seit der Finanz- und Wirtschaftskrise Hochkonjunktur. Auch Miegels Buch nimmt diese zum Ausgangspunkt. Der aktuelle Bezug leitet jedoch nur über in die eigentliche dreigeteilte Struktur des Buches. Mit Blick auf die IWS-Kernaussage ist dabei der erste Abschnitt besonders interessant, in dem Miegel aufzeigt, wie stark die frühindustrialisierten Länder auf das wirtschaftliche Wachstum ausgerichtet sind, das ihnen in den letzten Jahrzehnten eine unvergleichbare Epoche der ständigen Mehrung materiellen Wohlstands ermöglicht hat. Hieraus habe sich „in unserer Zeit, in unserer Kultur“ ein „Wachstumswahn“ entwickelt, durch den Wachstum und materielle Wohlstandsmehrung der Maßstab [sind], an dem alles gemessen wird“ (S. 28 f.). Dadurch werde aber verkannt, dass diese Epoche der „einzigartigen Wohlstandsexplosion“ zu Ende geht.

Zugleich werde auch erst jetzt offenbar, was lange ausgeblendet wurde: Die negativen Folgen der Expansion. Miegel zieht hierzu in seinem zweiten Abschnitt eine Bilanz. Diese fällt – was die Auswirkungen auf die Umwelt sowie die Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung angeht – etwas umfangreich aus, zumal hierzu schon seit Jahrzehnten breite Diskussionen in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft existieren. Im abschließenden Teil verweist er auf Möglichkeiten, „wie wir besser leben können“ (S. 159 ff.).

Trotz des Medienrummels, den jede Veröffentlichung Miegels zur Folge hat, ist es wenig wahrscheinlich, dass

damit die für eine breite Diskussion nötige Aufmerksamkeit auf die vom IWS beschriebene Wachstumsproblematik gelenkt wird. Das Buch enthält zwar in dieser Hinsicht kluge Gedanken (etwa wenn der „Vorrang“ des Wachstums festgestellt und der Wachstumsdrang als wahnhaft beschrieben wird, der mehr auf „Glaube“ denn auf rationale Begründungen fußt, S. 55 ff.) sowie prägnante Formulierungen („Am liebsten würde [die Mehrheit] dort weitermachen, wo sie meint, irgendwann in den siebziger oder achtziger Jahren den Faden verloren zu haben. Große Teile der Politik bestärken sie darin.“, S. 155).

Gleichwohl ist das Buch nicht wirklich auf die Wachstumsproblematik ausgerichtet, sondern zerfasert – pointiert ausgedrückt – in seinem Anspruch alles zu erklären, alles zu beurteilen und alles zu lösen. So hat Miegel der Sache nach vor allem ein Buch über Werte geschrieben. Und das eben nicht nur über die materiellen Werte, die im Zuge der wachstumsgetriebenen Wohlstandssteigerungen der letzten Jahrzehnte in den Vordergrund getreten sind. Der Autor legt vielmehr besonders viel Gewicht auf solche Werte, die seiner Ansicht nach dadurch verdrängt worden sind. Aufgrund dieses Ansatzes wird nahezu jedes Thema in das Buch integriert, das man in die Kategorie der „Wertedebatte“ einordnen kann. Typisch sind daher Ausführungen wie etwa die folgende: „Das ist sie, die westliche Gesellschaft: an der Oberfläche bunt und glänzend, darunter aber morsch und zerbrechlich. Auch in ihren kleinsten Einheiten, den Familien, zeigt sich das. [...] Unter derartigen Bedingungen ist es kaum verwunderlich,

wenn viele Männer und Frauen sagen: Ich will kein Kind (mehr), denn ich habe keinen vertrauenswürdigen Partner.“ (S. 136 f.). Miegel verweist im Weiteren kritisch darauf, dass die Menschen in immer mehr Bereichen auf Ratgeber zurückgreifen („Unmündige Gesellschaft“, S. 140), immer weniger Menschen lesen, weil es zu sehr anstrengend (S. 146), „nur noch eine kleine Minderheit der Zuwanderer zu völliger Assimilation bereit sei“ (S. 216), der Konsum von Aufputsch- und Beruhigungsmitteln zunehme („Gedopte Gesellschaft“, S. 142 ff.) und „vom Staat wahre Wunderdinge“ erwartet werden („Hilflose Gesellschaft“, S. 145 ff.). Denn viele „glauben, tun und lassen zu können, was sie wollen – der Staat kommt für die Folgen ihres Handelns auf – Scheidungswaisen, abgeschobene Alte, ausgesetzte Haustiere, vorsätzlich zerrüttete Gesundheit und für alles hat der Staat Vorkehrungen getroffen.“

Unabhängig davon, ob man dieses breite Spektrum an Feststellungen und Wertungen im Einzelnen teilen mag oder auch nicht, ist die Verbindung zur Wachstumsproblematik inhaltlich nicht immer nachvollziehbar. Wohl aber dürfte dieser Aufbau in rhetorischer Hinsicht oftmals nicht seine Wirkung verfehlen, wenn der Autor seine durch und durch normativen Befunde als logische Fortführung der wenig angreifbaren Analyse des ersten Abschnitts darzustellen versucht. Dementsprechend nutzt Miegel das von ihm festgestellte Wertevakuum schließlich auch in seinem dritten Teil, um ein Potential für neuen – nicht materiellen – Wohlstandszuwachs auf der Grundlage der „wahren Bedürfnisse“ (S. 171 ff.), der „Entfaltung des Gemeinnsinns“ (S. 205 ff.) und der „sozialen Bildung“ (S. 229 ff.) aufzuzeigen.

„Exit“ ist auch deshalb kein Buch, das die politische Debatte nachhaltig verändern kann, weil es zu viel von ihr aufnimmt und damit nicht weit genug von den gewohnten Kategorien, Vokabeln und Interessen abrückt. Miegel liebt es zu polarisieren. Dafür lieben ihn diejenigen, denen er mit seinen eingängigen Sätzen und Gedanken in die Hände spielt. Er stößt andererseits auf erbitterten Widerstand bei denen, die er offen angreift (die Rezensionen in FAZ, Zeit, SZ und Taz fallen entsprechend aus). Es ist schade, dass er sich von diesen Mustern nicht lösen kann. So ist das Buch gespickt mit tagespolitischen Dauerbrennern wie etwa der Kritik an Steinkohlesubventionen (S. 34). Dass dabei trotz des für ein Sachbuch umfangreichen Fußnotenapparats manche für eine solche Argumentation verwendete Zahl nicht belegt wird, selbst wenn sie amtlicher Statistik widersprechen (etwa die geradezu spektakulär unrichtige Darstellung auf S. 179 „Noch im Jahr 2000 waren beispielsweise in Deutschland

die verfügbaren Nettoeinkommen des wirtschaftlich stärksten Zehntels nur rund 3,4-mal so hoch wie diejenigen des wirtschaftlich schwächsten Zehntels. Heute liegt das Gefälle bei vier zu eins. Doch abermals: Ist das viel oder wenig?“), mag die Wirkungskraft des Buches weiter einschränken. Auch dadurch wird die wichtige Botschaft von unerfüllbaren Erwartungen der Gesellschaft an die Höhe des Wirtschaftswachstums aufgeweicht. An vielen Stellen des Buches erscheint es vielmehr so, als sei die Gesellschaft ohne weiteres auf wachstumslose Zeiten einzustellen. Jedoch bleiben die Lösungsvorschläge Miegels eher vage. Es wird vielmehr ein aus Sicht des Autors besserer Menschheitszustand beschrieben. Dass ein besserer Zustand eine Lösung wäre, ist freilich kein Rezept. Der Anspruch, für die Wachstumsproblematik bereits ein Lösungspaket präsentieren zu können, verstärkt zudem weiter den Eindruck, dass es so schlimm nicht sein kann. Zwar kann kaum ein Buchautor widerstehen, für ein aufgezeigtes Problem nicht wenigstens auch einen Lösungsansatz zu präsentieren (s. auch letzte Besprechung IWS 4/2008, S. 17). Im Fall Miegels ist dies umso verständlicher, weil ‚bloße‘ Hinweise auf sinkende Wachstumsraten und ihre Konsequenzen sein publizistisches Schaffen ohnehin prägen.

Man könnte sagen, mit „Exit – Wohlstand ohne Wachstum“ liegt der „Miegel 2010“ bzw. der „Miegel zur Krise“ vor. Ein solches Buch findet mit Sicherheit seine Leser. Die grundlegende Wachstumsproblematik wird mit diesem „themenstrotzenden“ Buch jedoch kaum für eine notwendige und offene Diskussion aufbereitet, sondern weitgehend als bekannt und ‚verdaut‘ vorausgesetzt. Für Miegel-Anhänger mag dies teils sogar der Fall sein – für viele andere nicht. Die insoweit erforderliche genauere Lagebestimmung fällt aber vielleicht gerade deswegen so knapp aus, weil das Buch – so auch der Klappentext – bereits „wegweisend“ sein will. In diesem Bestreben und auch, weil der Autor der Versuchung nicht widerstehen kann, sich aus dem Arsenal der politischen Grabenkämpfe immer wieder reichlich zu bedienen, ähnelt es erstaunlicherweise dem – auf ähnlicher Faktengrundlage geschriebenen und ähnliche Zwischenbefunde aufstellenden, aber in der Sache doch zu meist gegensätzlichen Ergebnissen gelangenden – „Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern“ (Besprechung IWS 4/2008, S. 17). Insgesamt ist das Buch daher leider gerade dort knapp gehalten, wo es seine Stärken hat und wo es originell wäre.

IWS-Länderprofil Österreich

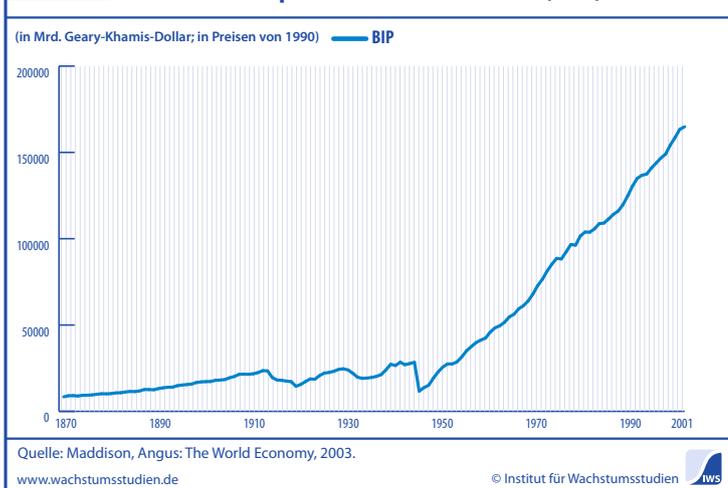
1 Volkswirtschaftliche Entwicklung

1.1 Bruttoinlandsprodukt / Wirtschaftswachstum

In der langfristigen Betrachtung von 1870 bis 2001 zeigt Österreich eine für moderne Volkswirtschaften typische Entwicklung (siehe Grafik 1): Bis vor dem ersten Weltkrieg ist ein leicht exponentieller Trend feststellbar, wie er oftmals nach der Industrialisierung beobachtbar ist. Die Phase zwischen erstem und bis nach dem zweiten Weltkrieg spiegelt die gravierenden Umbrüche und damit verbundenen Rückschläge der wirtschaftlichen Leistungskraft wider. Kurz nach Ende des Krieges steigt dann das Bruttoinlandsprodukt steil an. Auch diese Phase ist als typisch zu bezeichnen: Einerseits ging der Wohlstandsanstieg rasch weit über alles bisher Gekannte hinaus, andererseits handelt es sich dabei um keinen exponentiellen, sondern einen klar linearen Trend.

Grafik 2 (BIP/Wachstum 1970 bis 2009) zeigt trotz gewisser Schwankung ebenfalls den linearen Trend, der zu tendenziell sinkenden Wachstumsraten führt. Wird der lineare Trend extrapoliert und in Wachstumsraten übersetzt (IWS-Wachstumsgrundwert), so ergibt dies für das kommende Jahrzehnt (2010-2019) ein im Durchschnitt noch erwartbares Wachstum von etwa 1,8% (zum Vergleich Deutschland: 1,3%).

Grafik 1 Bruttoinlandsprodukt von Österreich (real) 1870-2001



Basisdaten 2008

Österreich	Deutschland
Bevölkerungszahl:	
8.333.109	82.772.160
Bruttoinlandsprodukt (BIP):	
315,6 Mrd. US-\$	2.909,7 Mrd. US-\$
BIP pro Kopf:	
37.858 US-\$	35.432 US-\$
Arbeitsproduktivität (BIP pro gearbeitete Stunde):	
45,6 US-\$	50,5 US-\$
Erwerbstätigenquote^{a)}:	
72,1%	70,2%
Arbeitslosenquote:	
3,9%	7,3%
Staatsverschuldung (in % des BIP):	
66,2%	68,8%
Einkommensungleichheit 2005 (Gini-Koeffizient^{b)}):	
0,27	0,30

US-\$-Beträge in Kaufkraftparitäten: Um die unterschiedliche Kaufkraft und insbesondere Wechselkursschwankungen zwischen verschiedenen Länder auszugleichen, werden Kaufkraftparitäten verwendet.

a) Die Erwerbstätigenquote bezeichnet den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

b) Gini-Koeffizienten können beliebige Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit.

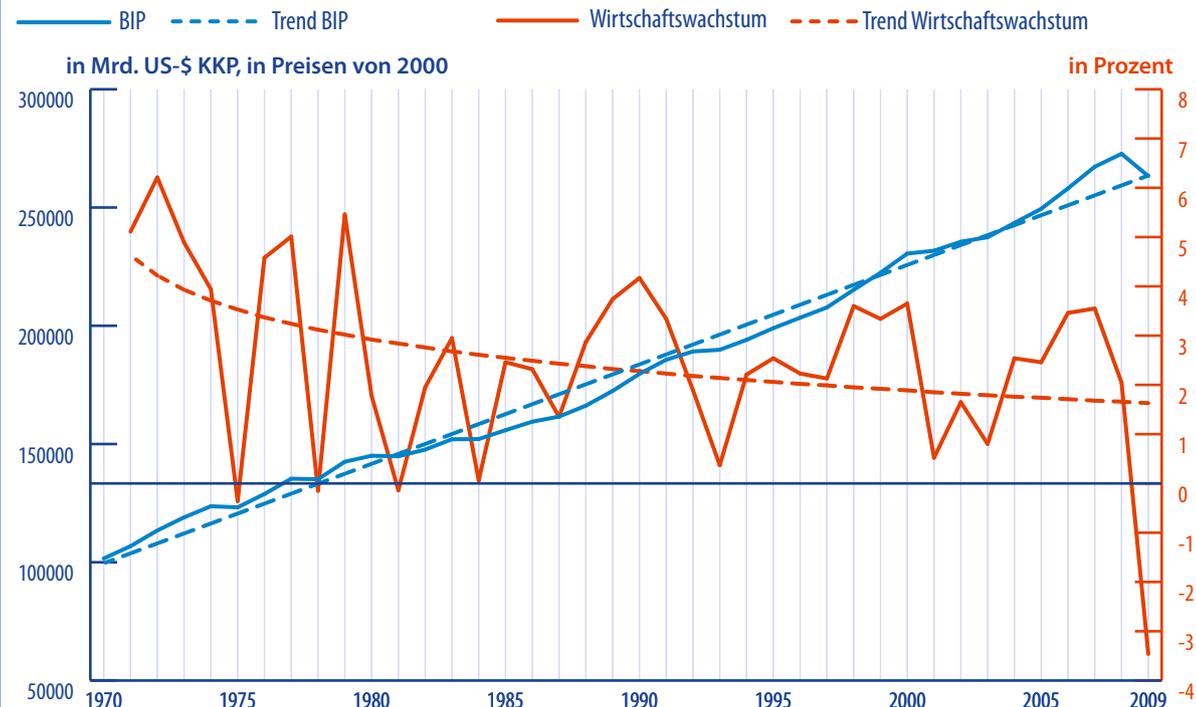
Quelle: OECD.Stat, General Statistics, URL: <http://stats.oecd.org>

1.2 Wachstum und Arbeitslosigkeit

Welche Kausalitäten zwischen der Höhe des Wirtschaftswachstums auf der einen und der Höhe der Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite bestehen, ist umstritten. Wie Grafik 3 veranschaulicht, ist aber auch im Falle von Österreich eine zumindest grundsätzliche Korrelation feststellbar. Die Arbeitslosenquote ist, wie in vielen Volkswirtschaften, tendenziell im Steigen begriffen (von im Schnitt 1,7% in den 1970er Jahren auf 6,6% im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends).

Grafik 2

Bruttoinlandsprodukt und Wachstumsraten (real) von Österreich 1970-2009



Quelle: OECD.StatExtracts, National Accounts, URL: <http://stats.oecd.org>

www.wachstumsstudien.de

© Institut für Wachstumsstudien



1.3 Staatsverschuldung

Als ebenfalls charakteristisch für eine ‚reife‘ Volkswirtschaft ist der nahezu ununterbrochene Anstieg der österreichischen Staatsverschuldung zu bezeichnen. Auch relativ zum Bruttoinlandsprodukt stieg die Verschuldung an und überschritt Ende der 1990er Jahre die Maastricht-Grenze von 60%. Nach einem zwischenzeitlich leichten Rückgang hat sich im Zuge der internationalen Wirtschaftskrise der relative Verschuldungsstand zuletzt weiter deutlich erhöht auf mittlerweile 64,3%.

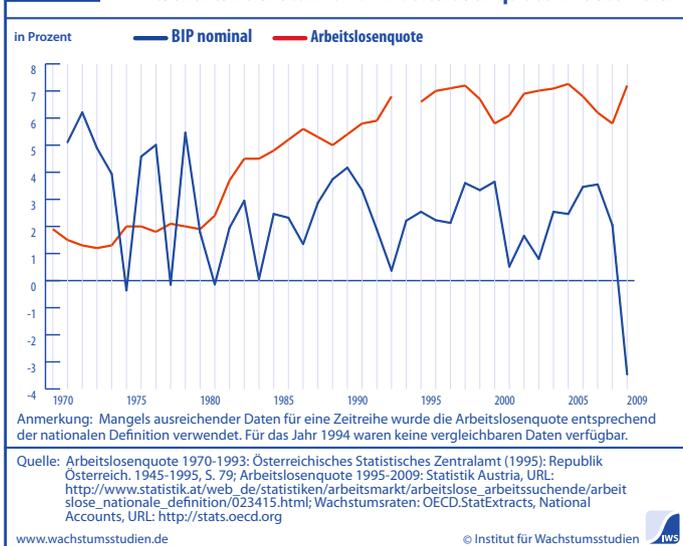
2 Die Wachstumsdebatte

Bei der Darstellung der länderspezifischen Wachstumsdebatte handelt es sich um keine umfassende Medienana-

lyse. Ziel ist es lediglich, einen groben Eindruck davon zu erhalten, wie über das Thema „Wirtschaftswachstum“ in den jeweiligen Ländern diskutiert wird. Zu diesem Zweck wurden insbesondere Presseartikel seit dem Jahr 2000 recherchiert.

Die Wachstumsdebatte in Österreich scheint in vielerlei Hinsicht der in Deutschland zu ähneln. Dies beginnt bereits bei der Darstellungsweise, wird das Wachstum doch durchgängig in Prozentangaben ausgedrückt. Insbesondere soweit es dabei um langfristige Zukunftserwartungen geht,¹ kommt damit implizit das Ziel eines exponentiellen Wachstums zum Ausdruck. Überraschen kann dies natürlich allein schon deshalb nicht, weil sich Österreich im Jahr 2000 zusammen mit den anderen EU-Staaten dem 3%-Wachstumsziel der Lissabon-Str-

Grafik 3 Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquote in Österreich



Grafik 4 Staatsverschuldung Österreich 1980-2009



tegie verpflichtet hat. Ähnlich wie in Deutschland werden niedrige Wachstumsraten gelegentlich im Rahmen einer ‚Schlusslichtdebatte‘ diskutiert.² Bei Vergleichen mit anderen Staaten werden vor allem die aktuellen Wachstumsraten herangezogen und erst in zweiter Linie das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP p.K.).³ Derartige Vergleiche greifen insbesondere dann zu kurz, wenn Österreich oder Europa dabei Ländern wie China oder Indien gegenübergestellt wird⁴ – beides Volkswirtschaften mit einem viel geringeren Wohlstandsniveau (China ca. 16%, Indien ca.

7% des österreichischen BIP pro Kopf⁵). Vergleiche dieser Art zeigen zum einen, dass die Hauptaufmerksamkeit den Zuwachsraten des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands gilt und nicht dem Wohlstandsniveau selbst. Zum anderen wird einmal mehr deutlich, dass der typischerweise lineare Wachstumstrend kaum Beachtung findet: Dieser führt zu umso höheren prozentualen Zuwächsen je niedriger das Ausgangsniveau ist. Im Vergleich höhere Wachstumsraten spiegeln also nicht zwangsläufig eine höhere wirtschaftliche Dynamik wider.

Dass mehr Wachstum „das vorrangige Ziel der Wirtschaftspolitik sein“ müsse (so das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut „Wifo“), ist ebenfalls eine Argumentation, die Parallelen zur Debatte in Deutschland aufweist.⁶ Begründet wird dies insbesondere damit, dass Wachstum die Voraussetzung zur Senkung der Arbeitslosigkeit sei,⁷ hierfür werde „ein höheres Wachstum als 2,5 Prozent“ gebraucht.⁸ Wie allerdings dieses Ziel zu erreichen ist, darüber besteht erwartungsgemäß Uneinigkeit.⁹

Die Auswirkungen der Internationalen Wirtschaftskrise, deren Ausmaß (das österreichische BIP ging 2009 um rund 3,6% zurück¹⁰) anfangs nicht erfasst wurde,¹¹ prägten die Diskussion ab dem Jahr 2008 und können nicht als Teil der ‚typischen‘ Wachstumsdebatte gesehen werden. Bei der Bekämpfung der im Zuge der Wirtschaftskrise stark gestiegenen Staatsverschuldung allerdings kommt dem wirtschaftlichen Wachstum die vertraute Schlüsselrolle zu: Die Industriellenvereinigung etwa warnte, dass Österreich im Jahr 2013 „mit rund elf Mrd. Euro voraussichtlich genau so viel an Zinsen für die rapide steigenden Staatsschulden bezahlen [wird] wie für Forschung und Entwicklung“. Um wieder die Maastricht-Grenze von 60% zu erreichen, sei es nötig „zehn Jahre lang eisern [zu] sparen“. Die vorgestellten Sparpläne aber würden nur aufgehen, wenn es zugleich ab dem Jahr 2012 ein jährliches Wachstum von 3,8% gibt.¹² Der Staatsschuldenaussschuss rechnete in ähnlicher Weise vor, dass die Verschuldungsgrenze der EU selbst bei „der (freundlichen) Annahme von einem Prozent Defizit und vier Prozent [nominellem] Wirtschaftswachstum“ erst im Jahr 2023 wieder eingehalten werden könne.¹³ Und auch österreichische Forschungsinstitute kamen zu dem Schluss, dass man mit „Sparen [...] das Problem [...] nicht in den Griff bekommen“ werde, benötigt würden „auch hohe Wirtschaftswachstumsraten“.¹⁴ Obwohl das Wachstumsziel unangefochten erscheint, mehren sich seit Beginn der Internationalen Finanzkrise kritische Stimmen. Zwar wurden bereits lange zuvor die ökologischen Auswirkungen von weiterem wirtschaftlichem Wachstum diskutiert,¹⁵ doch die Finanzkrise hat die

– teils noch sehr abstrakt anmutende – Diskussion um ein neues „Wachstumsverständnis“ auch in Österreich befeuert.¹⁶ Die Presse scheint diese kritischen Ansätze nur teilweise widerzuspiegeln. Internetauftritte etwa des Instituts „Seri“ aus Wien belegen, dass gerade zum Thema „Nachhaltigkeit“ schon seit geraumer Zeit umfassend geforscht wird. In Verbindung damit sind neue Portale entstanden, so auch die Seite „wachstumimwandel.at“. Gerade dieser Internetauftritt belegt, dass die wachstumskritische Diskussion in Österreich offenbar schon weitaus

stärker bei staatlichen Stellen angekommen ist, als dies bislang in Deutschland der Fall ist. So werden als Partner der Seite unter anderem das österreichische Bundeskanzleramt, thematisch nahe stehende Bundesministerien sowie die österreichische Nationalbank geführt. Die sich aus dem linearen Wachstum ergebenden Konsequenzen werden hier ebenfalls behandelt und zu diesem Zweck die Forschungsarbeit des IWS zitiert.¹⁷ Vereinzelt schlägt sich dies wiederum auch in der Presse nieder.¹⁸

Anmerkungen

- 1 „Wachstum auf drei Prozent treiben“, in: Die Presse v. 24.03.2008.
- 2 Geyer, in: Wirtschaftsblatt v. 14.11.2002.; „Konjunkturprognose“, in: Die Presse v. 30.06.2004.
- 3 „Diskussion: Der Sozialstaat führt zu Ungerechtigkeit“, in: Die Presse v. 03.07.2006; „Deutschland hinkt Österreich wirtschaftlich hinterher“, in: DPA-AFX v. 27.12.2007.
- 4 Holley-Spiess, in: Wirtschaftsblatt v. 10.06.2005, S. 13.
- 5 OECD.Stat; eigene Berechnungen.
- 6 Washietl, in: Wirtschaftsblatt v. 09.06.2005, S. 10–11.
- 7 so etwa Herbert Tumpel, Präsident der Arbeiterkammer Wien (in: Wirtschaftsblatt v. 04.03.2004, S. 6), die Forschungsgesellschaft Synthesis (in: Die Presse v. 16.02.2005.) oder das Institut für Höhere Studien und das Wirtschaftsforschungsinstitut (in: Die Presse v. 01.10.2005.); vgl. auch Holley-Spiess, in: Wirtschaftsblatt v. 05.01.2006, S. 3 oder „Konjunktur: Der Aufschwung wird zäh“, in: Die Presse v. 26.11.2009.
- 8 „Es droht Kultur der Langzeitarbeitslosigkeit“, in: Die Presse v. 28.03.2008.
- 9 vgl. etwa Forderungen nach einer Einführung einer „Flattaxrate“ (Zischg, in: Wirtschaftsblatt v. 02.10.2003, S. 18) oder stärkerer Lohnzurückhaltung (Lammer, in: Die Presse v. 21.07.2007).
- 10 Eurostat: Wachstumsrate des realen BIP, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020> (15.03.10).
- 11 „Prognose für 2008 und 2009: Internationale Finanzkrise bremst Wirtschaftswachstum“, in: DPA-AFX v. 28.03.2008; Pöll, in: Die Presse v. 20.01.2009.
- 12 „Zehn magere Jahre zum Wohle des Finanzministers“, in: Die Presse v. 21.10.2009.
- 13 „Schuldenabbau dauert Jahrzehnte“, in: Die Presse v. 09.07.2009.
- 14 „Konjunktur: Der Aufschwung wird zäh“, in: Die Presse v. 26.11.2009.
- 15 „Verbund: Kyoto könnte bis zu 50 Mio EUR kosten“, in: TradeNews Energy v. 25.09.2003.
- 16 Fischler, in: Der Standard v. 15.05.2009, S. 15.
- 17 Vgl. Holzinger (2010); Hinterberger /Hutterer/Omann u.a. (2009).
- 18 Vgl. Gaulhofer, in: Die Presse v. 19.09.2009.

Quellen

Hinterberger, Friedrich / Hutterer, Harald / Omann, Ines / Freytag, Elisabeth: Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium 2009, URL: <http://www.wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/wiw-buchoutline2.pdf> (29.02.2010).

Holzinger, Hans: Wirtschaften jenseits vom Wachstum? Befunde und Ausblick 2010, URL: http://www.wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/Wirtschaften-jenseits-Wachstum_korrektur_2.pdf (30.03.2010).

OECD.Stat, URL: <http://stats.oecd.org/Index.aspx> (28.02.2010).

www.wachstumsstudien.de

